

DIE SERBISCH - BULGARISCHEN BEZIEHUNGEN AM VORABEND UND WÄHREND DER BALKANKRIEGE

*Teil II: Die serbisch-bulgarischen Beziehungen
während der Kriege.**

Der Jubel und die nationale Begeisterung, mit der Serben, Bulgaren, Griechen und Montenegriner in den Krieg zogen, um ihre Glaubensbrüder von der türkischen Herrschaft zu befreien, liessen die Unzulänglichkeiten der Bündnisverträge und die ungelösten Fragen der endgültigen Verteilung des zu erobernden Gebietes zunächst vergessen. In Belgrad, Sofia und Athen vermied man in den ersten Kriegswochen, irgendwelche Forderungen zu präzisieren, weil man zuerst einmal den Erfolg der Waffen abwarten wollte.

Während der Kriegsausbruch die hektische diplomatische Aktivität der Verbündeten unterbrach und für einige Wochen die Beziehungen zwischen Serbien und Bulgarien in ruhigere Bahnen lenkte, setzte jetzt in den Hauptstädten der europäischen Grossmächte eine äusserst aufgeregte Diskussion ein. Die «Orientalische Frage» war in ein neues Stadium eingetreten und die Mächte sahen zu ihrer grossen Bestürzung, dass vier kleine Staaten die Landkarte des Balkans verändern wollten, ohne sich um Meinungen und Interessen der Signatarmächte des Berliner Vertrages zu kümmern. Gerechtfertigt war die Sorge der Kabinette in Petersburg, Wien, Paris, Rom, London und Berlin insofern, als jede Erschütterung des status quo in Europa die Gefahr heraufbeschwor, dass den Regierenden die Kontrolle über die weitere Entwicklung entglitt und schliesslich infolge isolierter Reaktionen der einen oder der anderen Macht der Automatismus der Bündnissysteme einsetzte. Diese Gefahr war während der Balkankriege besonders deshalb so gross, weil die beiden am Balkan in erster Linie interessierten Staaten, Österreich - Ungarn und Russland, verschiedenen Mächtegruppen angehörten.

Russland hatte zwar aus den im ersten Teil dieses Aufsatzes dargelegten Gründen alles versucht, um die Verbündeten vom Kriege zurückzu-

* Teil I siehe in dieser Zeitschrift, III (Thessaloniki 1962), 297 - 326.

halten, verfolgte aber nun den Siegeszug der Alliierten mit Sympathie. Man hoffte in Petersburg, die Expansion Serbiens und Bulgariens würde den russischen Einfluss im Balkanraum verstärken oder, falls die selbstbewussten Verbündeten sich, wie schon so oft, der Kontrolle durch die slavische Grossmacht entzögen, doch wenigstens den österreichisch-ungarischen Einfluss vermindern. Aus dieser Erwartung ergab sich die erste Aufgabe der russischen Politik während der Balkankriege: Es galt, den Verbündeten mit diplomatischen Mitteln den Rücken zu decken und besonders Österreich-Ungarn von jeder Aktion gegen Serbien zurückzuhalten.

Die überraschenden Erfolge der Verbündeten stellten die russische Diplomatie aber noch vor eine andere Aufgabe: Bulgarien musste daran gehindert werden, das traditionelle russische Interesse an den Meerengen durch einen allzu tiefen Vorstoss ins Osmanische Reich zu verletzen.¹

Abgesehen von der Sorge um diese beiden Fragen — die Haltung Österreich-Ungarns und das zukünftige Schicksal der Meerengen — beunruhigte massgebliche russische Politiker, vor allem den Botschafter in Paris Izvol'skij, dass nach der Aufteilung der europäischen Türkei sich der Gegensatz zwischen dem «Slaventum» (lies: Russland und Serbien) und dem «Germanentum» (d.h. Deutschland und Österreich-Ungarn) verschärfen würde, weil eben dann nurmehr die Habsburger-Monarchie als Objekt der weiteren Expansion Serbiens übrigbliebe. Mit anderen Worten: Nach dem Sieg der Balkanstaaten müsse man sich auf einen grossen Krieg vorbereiten.²

Wien betrachtete die Erfolge der Balkanstaaten mit unverhohlenem Misstrauen. Schon allein der voraussichtliche Gebietszuwachs Serbiens, seine wirtschaftliche, militärische und politische Stärkung waren den österreichisch-ungarischen Politikern höchst unwillkommen. Ausserdem fürchtete man, ein starkes und siegreiches Serbien werde einen Anziehungspunkt für die südslavische Bevölkerung der Monarchie bilden und dadurch das Lebensinteresse des Vielvölkerstaates dauernd gefährden. Weiterhin sah Wien seine Handelsbeziehungen mit dem Nahen Osten bedroht, weil die Route nach Saloniki und der Hafen selbst den Verbündeten zufallen könnten. Auch wollte Österreich-Ungarn nicht zulassen, dass sich Serbien im Westen bis an die Küste ausdehnte und damit erstens das Kräftever-

1. Vgl. dazu *Grey an Buchanan*, London 1912 XI 2. *Die Britischen Amtlichen Dokumente über den Ursprung des Weltkrieges, 1898-1914*. Hrsg. v. G. P. Gooch u. H. Temperley. Dt. Ausg. v. H. Lutz. (Im Folgenden: BAD). IX/2 (Stuttgart, Berlin, Leipzig 1935) 102; *Bax-Ironside an Grey*, Sofia 1912 XI 3. *Ebenda*, 138.

2. *Izvol'skij an Sazonov*, Paris 1912 X 10/23. *Boghitschewitsch, M.*: Die auswärtige Politik Serbiens 1913-1914. (Im Folgenden: BOG.). II (Berlin 1929), 267-269, Nr. 662.

hältnis in der Adria entscheidend veränderte und zweitens die freie Entwicklung des albanischen Volkes einschränkte, dessen katholische Stämme unter dem Schutz Wiens standen.³ Schliesslich stellte die Expansion Bulgariens die österreichisch-ungarische Politik gegenüber Bukarest und Sofia vor eine äusserst schwierige Aufgabe. Das verbündete Rumänien wartete schon seit Jahren auf eine günstige Gelegenheit, sich auf Kosten Bulgariens nach Süden zu vergrössern. Am 12. X. 1912 erklärte König Carol, im Falle eines eklatanten Sieges der Balkanstaaten werde Rumänien einen strategisch wichtigen Streifen der Dobrudscha als Pfand okkupieren, um von Bulgarien nach dem Friedensschluss mit der Türkei territoriale Kompensationen für seinen Gebietszuwachs zu erzwingen. Österreich-Ungarn musste notgedrungen die rumänischen Forderungen bis zu einem gewissen Grade unterstützen, weil gerade in der letzten Zeit die Mächte des Dreiverbandes ihren Einfluss in Bukarest hatten fühlbar verstärken können, so dass der dreibundfreundliche König zeitweise völlig isoliert stand. Eine offene Absage hätte dieses Land den Mittelmächten ganz entfremdet; die Unterstützung seiner Ansprüche kollidierte aber mit den Bemühungen Wiens, Bulgarien eines Tages dem russischen Einfluss zu entziehen.⁴

3. Der österreichisch-ungarische Standpunkt ist am besten in folgenden Aktenstücken formuliert: *Prinz zu Stolberg an Bethmann Hollweg*, Wien 1912 IX 27. *Bog.* II, 223 f., Nr. 619; *Aktennotiz des Kanzleidirektors v. Schilling* über einen Besuch des österreichisch-ungarischen Botschafters Thurn, 1912 X 3. *Ebenda*, 234, Nr. 632; *Berchtold an Szögyényi*, Wien 1912 X 30. *Ebenda*, 273 f., Nr. 667; *Kiderlen an Wilhelm II.*, Berlin 1912 XI 3. *Ebenda*, 280-282, Nr. 673; *Aide-memoire Szögyényis für Kiderlen*, Berlin 1912 XII 4. a) *Ebenda*, 336, Nr. 733; b) *Die Grosse Politik der Europäischen Kabinette 1871-1914*. Sammlung der diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes. Hrsg. v. J. Lepsius, A. Mendelssohn Bartholdy, F. Thimme (Im Folgenden: GP). XXXIV/1, 16, Nr. 12511; *Paget an Grey*, Belgrad 1912 XI 11. BAD IX/2, 211, Nr. 176; *Berchtold an Mensdorff*, Wien 1912 XII 15. *Österreich-Ungarns Aussenpolitik*, von der Bosnischen Krise 1908 bis zum Kriegsausbruche 1914. Diplomatische Aktenstücke des österreichisch-ungarischen Ministeriums des Äusseren (Im Folgenden: ÖUA). V (Wien 1929), 126 f., Nr. 4924. Vgl. dazu auch: *Uebersberger Hans*: Österreich zwischen Russland und Serbien. Zur südslawischen Frage und der Entstehung des Ersten Weltkrieges. Berlin, Graz 1958, 93; *Steinitz, Edward*: *Berchtolds Politik zu Beginn der Balkankrise 1912*. In: *Berliner Monatshefte IX* (Berlin 1931), 45-57; *Ders.*: *Berchtolds Politik während des ersten Balkankrieges*. *Ebenda*, bes. 240 ff., 723 ff.; *Ders.*: *Berchtolds albanische Politik*. *Ebenda*, X (Berlin 1932), 153-167; *Ders.*: *Berchtolds Politik gegen den Balkanbund*. *Ebenda*, 331-345.

4. Vgl. dazu: *Ebel, Ernst*: Rumänien und die Mittelmächte von der russisch-türkischen Krise 1877/78 bis zum Bukarester Frieden vom 10. August 1913. Diss. Göttingen. Berlin 1937, bes. 88-153; *Gottschalk, Egon*: Rumänien und der Dreibund bis zur Krise 1914. Eine Studie auf Grund der grossen deutschen Aktenpublikation. In: *Die Kriegsschuldfrage*. *Berliner Monatshefte für internationale Aufklärung V* (Berlin 1927),

Die übrigen Grossmächte waren vor allem daran interessiert, den Krieg zu lokalisieren — d. h. Österreich-Ungarn und Russland von einseitigen Schritten zurückzuhalten —, den Frieden so bald wie möglich wiederherzustellen und die Erörterung heikler Fragen, z. B. des Status der Meerengen, zu vermeiden.⁶

In den Hauptstädten der verbündeten Staaten hörte man während der ersten Kriegswochen abweisende, ja höhnische Kommentare zu den Stellungnahmen der Grossmächte; die offiziöse Presse, aber auch die Regierungen selbst und ihre diplomatischen Vertreter im Ausland führten eine energische Sprache und liessen sich sogar zu Drohungen hinreissen. Sehr schnell sollte sich aber zeigen, wie folgenreich die Politik der europäischen Mächte auf die weitere Entwicklung vor allem des serbisch-bulgarischen Verhältnisses einzuwirken begann.

Selbst die kühnsten Erwartungen übertreffend brachten die Verbün-

632 - 665. (Es handelt sich um die schon oben als «Berliner Monatshefte» zitierte Zeitschrift, die ursprünglich den in dieser Anmerkung wiedergegebenen Titel trug). Vgl. auch *Kalinkov, G.*: Romünija i nejnata politika sprema Bülgarija. Sofija 1917.

5. Die Sonderinteressen, Erwartungen und Forderungen der Grossmächte können in diesem Zusammenhang ebenso wenig analysiert werden wie ihre Diplomatie während der Balkankriege. Ihre Politik während dieser Zeit ist durch die grossen Aktenpublikationen im Wesentlichen bekannt und oft genug Gegenstand eindringlicher Spezialuntersuchungen geworden. Als zusammenfassendes Werk sei hier genannt: *Helmreich, Ernst Christian*: The Diplomacy of the Balkan Wars, 1912 - 1913. Harvard Univ. Press, Oxford Univ. Press, Cambridge, London 1938. Vgl. auch den kürzlich erschienenen Aufsatz aus der Feder von *Dakin, Douglas*: The Diplomacy of the Great Powers and the Balkan States, 1908 - 1914. In: *Balkan Studies III* (Thessaloniki 1962), 327 - 374. Vgl. ferner: *Hanotaux, Gabriel*: La guerre des Balkans et l'Europe 1912/13. Paris 1914 (=Études diplomatiques, 2ième série). Zur österreichisch-ungarischen Politik vgl. die oben zitierte Literatur. Zur deutschen Politik: *Michaelis, Herbert*: Die deutsche Politik während der Balkankriege 1912/13. Diss. Leipzig 1929. Für die französische Politik: *Lorey, August L.*: Frankreichs Politik während der Balkankriege 1912/13. Diss. Frankfurt / M. Dresden 1941. Ausser den Aktenpublikationen sind auch die zahlreichen Memoirenwerke europäischer Staatsmänner und Militärs heranzuziehen, die sich freilich in ihrem Quellenwert erheblich unterscheiden. Aus der grossen Zahl der Erinnerungswerke sei vor allem hingewiesen auf: *Poincaré, Raymond*: Les Balkans en feu 1912. Paris 1926 (=Au service de la France. Neuf années de souvenirs, 12). Dagegen sind *Sazonovs* Auskünfte über diese Vorgänge recht dürftig: *Sazonov, Serge*: Fateful Years 1909-1916. Reminiscences. New York 1928. Vgl. ferner: *Nekludoff, A.*: Diplomatic Reminiscences before and during the World War, 1911 - 1917. Ins Engl. übers. v. A. Paget. London 1920; *Kokovcov*, Out of My Past. Hrsg. v. H. H. Fisher. Stanford 1935; *Izzet Pascha*, Denkwürdigkeiten. Hrsg. v. K. Klinghardt. Leipzig 1927; *Jäckh, Ernst*: Kiderlen Wächter. Der Staatsmann und der Mensch. Briefwechsel und Nachlass. 2 Bde. Berlin 1924; *Grey, K. G.* (Viscount of Fallodon): Twenty-Five Years, 1892 - 1916. 2 Bde. New York 1925; *Conrad v. Hoetzendorff*: Aus meiner Dienstzeit. 5 Bde. Wien 1921 - 1925.

deten noch vor Ende November ihren Siegeszug durch die europäische Türkei zu einem befriedigenden Abschluss: Die serbischen Truppen errangen am 23./24. X. einen entscheidenden Sieg bei Kumanovo, besetzten am 26. X. Üsküb, am 30. X. Prizren, erstürmten am 20. XI. Monastir und einen Tag später Florina und erreichten am 28. XI. bei Durazzo die Adriaküste. An der Ostfront brachten die Bulgaren den türkischen Truppen am 24. X. bei Kirk Kilise und in den Tagen vom 29. X. bis 3. XI. bei Lüle Burgas (Arkadiopel) empfindliche Niederlagen bei und begannen am 24./25. X. mit der Belagerung Adrianopels, während sie auch an anderen Frontabschnitten rasch vordrangen und am 15. XI. Kavala besetzten. Vom Süden stiess das griechische Landheer ebenso schnell vor, schlug die Türken am 22./23. X. bei Sarantaporon, nahm am 26. X. Kozani, am 28. desselben Monats Katerini, tags darauf Veria und zwang die türkische Garnison von Saloniki am 8. XI. zur Übergabe der Stadt. Die nach Epirus vorrückenden Truppen besetzten am 31. X. Preveza. Die griechische Flotte versperrte den türkischen Schiffen die Ausfahrt aus den Dardanellen und ermöglichte die Besetzung der Inseln Lemnos, Samothrake, Lesbos und Ikaria. Die an Zahl geringen montenegrinischen Truppen rückten gegen Osten vor und vereinigten sich mit den serbischen Truppen bei Sjenica (26. X.), besetzten am 31. X. Peć (Ipek) und belagerten im Süden Skutari; in der ersten Novemberwoche besetzten sie Alessio and erreichten dort den Anschluss an die 3. serbische Armee. Die Türken hielten sich nur noch in den Festungen Janina und Adrianopel und in dem durch die Çatalca-Linie geschützten Zipfel Ostthraziens.⁶

Nachdem nun die Türken fast ganz aus Europa verdrängt worden waren, erhob sich die Frage nach dem weiteren Schicksal der eroberten Gebiete. Dieses Problem hatte zwei Seiten: Erstens mussten sich die Verbündeten über die Teilung der Beute einig werden. Zweitens sahen jetzt die Grossmächte den Augenblick gekommen, ihre Vorstellungen von den künftigen Grenzen im Balkanraum zur Geltung zu bringen.

1. Während die Aufteilung des eroberten Territoriums zwischen Serbien und Bulgarien vertraglich geregelt war, bestanden zwischen Griechen-

6. Eine ausführliche Darstellung der militärischen Ereignisse bringt *Kessler, Otto*: Der Balkanbrand 1912. Militär-geschichtliche Darstellung des Krieges gegen die Türken unter Berücksichtigung der volkswirtschaftlichen und politischen Interessen nebst Tagebuch und Kriegserinnerungen... 2 Bde. Leipzig 1913. Das offizielle bulgarische Generalstabswerk ist im ersten Teil dieses Aufsatzes bereits mehrfach zitiert worden. Daneben gibt es noch eine Reihe militärgeschichtlicher Abhandlungen über einzelne Phasen des Krieges, die hier nicht im Einzelnen angeführt werden können.

land und den übrigen kriegführenden Staaten keine bindenden Vereinbarungen über die Abgrenzung der griechischen Interessensphäre. Schon während der Verhandlungen über die griechisch - bulgarische Allianz hatte Athen im April/Mai 1912 die bulgarische Forderung, in das Vertragswerk eine Klausel über die Bildung eines autonomen Mazedonien aufzunehmen, rundweg abgelehnt, so dass schliesslich im Vertragstext als gemeinsames Kriegsziel nur der Schutz der von der Pforte den Christen konzedierte und aus den internationalen Verträgen erfließenden Rechte definiert wurde. In Sofia glaubte man, mit diesem vagen Passus, der Griechenland Pflichten auferlegte, aber seine Ansprüche nicht berücksichtigte, den bulgarischen Interessen in Mazedonien und Thrazien einen grossen Dienst erwiesen zu haben: Das von Bulgarien unterschätzte griechische Landheer würde nicht imstande sein, bis nach Mazedonien vorzudringen und für den erwarteten entscheidenden Beitrag der griechischen Flotte zum Siege könnten die Hellenen mit Thessalien und einigen Inseln entschädigt werden.⁷ Diese Rechnung war nicht aufgegangen, sondern die griechische Armee hatte Gebiete besetzt, die dem serbisch - bulgarischen Vertrag zufolge an Bulgarien fallen sollten. Bereits im November 1912, kurz nach dem Einzug der Griechen in Saloniki, begannen die ersten Reibereien zwischen beiden Staaten. Damit war die Gefahr einer Front gegen Bulgarien innerhalb des Balkanbundes

7. Über die griechisch-bulgarischen Verhandlungen und Griechenlands Beitrag zum Kriege fehlt—von rein militärgeschichtlichen Studien abgesehen—noch immer eine fundierte Untersuchung. Die einschlägigen griechischen Akten sind weder publiziert noch von einem Bearbeiter eingesehen worden. Eine allgemeine Einführung in die griechische auswärtige Politik dieser Zeit bietet die grosse Darstellung von *Driaull, Édouard* u. *Lhéritier, Michel*: *Histoire diplomatique de la Grèce de 1821 à nos jours*. V: *La Grèce et la Grande Guerre. De la Révolution turque au traité de Lausanne (1908 - 1923)*. Paris 1928. Vgl. ferner: *Passadis, Augustin*: *La Question d'Orient et la Grèce*. Paris 1929; *Franqulis, M.*: *La Grèce et la crise mondiale*. 2 Bde. Paris 1926. Eine für ihr Erscheinungsjahr materialreiche Abhandlung über die griechische Politik in diesem Zeitraum ist das Buch von *Nikolaides, Kleanthes*: *Griechenlands Anteil an den Balkankriegen 1912/13*. Wien, Leipzig 1914. Ferner: *Cassavetti, D. J.*: *Hellas and the Balkan Wars*. London 1914. Über die griechisch - bulgarischen Verhandlungen vgl. zur ersten Orientierung: *Guéchoff, Iv.* - E. (=Ministerpräsident Gešov): *L'Alliance balkanique*. Paris 1915, bes. 63 ff.; *Ministerstvo na Vojnata, Štab na vojskata, Voenna-istoričeska komisija*. *Vojnata meždu Bŭlgarija i drugite balkanski dŭržavi prŕz 1913 god. I: Pričinitŕ i podgotovka na vojnata i voennitŕ dŕjstvija do 21-i junij*. Sofija 1941, bes. 107 ff. Über einige Probleme der griechisch - bulgarischen Beziehungen in diesem Zeitraum gibt der brillante Rechenschaftsbericht des Präsidenten des griechischen Obersten Gerichtshofes, *Raktivan, Aufschluss*: *Ρακτιβάν, Κωνσταντίνος Δ.*: *Ἐγγραφα καὶ σημειώσεις ἐκ τῆς πρώτης ἐλληνικῆς διοικήσεως τῆς Μακεδονίας (1912 - 1913)*. Ἐπιμελεῖα Ἰ. Θ. Δημαρᾶ. Θεσσαλονίκη 1951. (=Μακεδονική Βιβλιοθήκη. Δημοσιεύματα τῆς Ἑταιρείας Μακεδονικῶν Σπουδῶν, 12).

gegeben, weil Serbien, wie im ersten Teil des Aufsatzes schon des näheren gezeigt wurde, nur mit grossem Widerstreben der schliesslich in den Vertragstext aufgenommenen Abgrenzung der «Einflussphären» zugestimmt hatte.

2. Die Probleme, die während der Bündnisverhandlungen zwischen den Balkanstaaten nicht gelöst worden waren und jetzt die Beziehungen zwischen Griechenland und Bulgarien vergifteten, begannen auch das serbische Verhältnis zu seinem slavischen Nachbarn zu trüben, als die Grossmächte den Expansionsdrang der Verbündeten, vor allem die Eroberungslust der Serben, zügeln wollten. Nachdem auf Ersuchen der Türkei und dank der Intervention der Mächte die Verbündeten (ausser Griechenland) am 4. XII. mit ihrem Feind einen Waffenstillstand geschlossen und vereinbart hatten, in London eine Friedenskonferenz abzuhalten, beschlossen die Grossmächte, über das zukünftige Schicksal des Balkanraumes ebenfalls in London auf Botschafterebene zu beraten. Am 17. Dezember fand die erste Sitzung der sogenannten «Botschafterreunion» statt und schon zu Beginn der Verhandlungen stellte sich heraus, dass Österreich-Ungarn und Italien unter keinen Umständen bereit waren, die Albaner preiszugeben und Serbien einen Ausgang zur Adria auf *eigenem* Territorium zu gestatten. Die auch in Wien respektierten Wünsche Belgrads nach einer *wirtschaftlichen* Verbindung mit dem Mittelmeer wollte die Monarchie vielmehr durch den Anschluss der serbischen Eisenbahnen an die bosnische, nach Dalmatien führende Linie und durch die Garantie der freien Ein- und Ausfuhr von und nach Serbien über diese Strecke befriedigen.⁸ Keine der anderen Grossmächte war bereit, sich dieser Forderung Österreich - Ungarns und Italiens zu widersetzen und einen Krieg zu riskieren, zumal das Entgegenkommen Wiens im wirtschaftlichen Belange allgemein als eine vernünftige Kompromisslösung begrüsst wurde.⁹ Die Belgrader Regierung, der schon vor Beginn der Londoner Verhandlungen der Standpunkt der beiden Mächte bekannt war, liess kein Mittel unversucht, das albanische Siedlungsgebiet und ein Stück der Adriaküste doch noch für sich zu gewinnen. Auf

8. Vgl. dazu die zur österreichisch-ungarischen Politik zitierte Literatur und ferner : *Berchtold an Ugron (Belgrad)*, Budapest 1912 XI 8. *BOG.* II, 289 f., Nr. 680; *Berchtold an Mensdorff (London)*, Wien 1912 XII 15. *ÖUA* V, 124 - 129, Nr. 4924. Zum italienischen Standpunkt vgl. u. a. *Jovanović an Pašić (Üsküb)*, Belgrad 1912 X 30/XI 12. *BOG.* I, 253, Nr. 209; *Vesnić an Pašić*, Paris 1912 XI 16/29. *Ebenda*, 262, Nr. 225.

9. *Unterstaatssekretär Nicolsson an Paget*, London 1912 XI 13. *BAD* IX/2, 239 f., Nr. 197; *Kiderlen - Wächter an Griesinger*, Berlin 1912 XI 15 (Konzept). a) *GP* XXXIII, 330, Nr. 12.371; b) *BOG.* II, 309, Nr. 705; *Ristić an Pašić*, Bukarest 1912 XI 13/26. *BOG.* I, 256 f., Nr. 217.

die Wiener Zusagen der freien Benutzung eines dalmatinischen Hafens könne sich niemand verlassen, der albanische Siedlungsraum sei «historisch» gesehen serbisches Gebiet, die Albaner könnten sich nicht selbst regieren und würden nur Unruhe auf dem Balkan stiften, Österreich-Ungarn versuche, Albanien in die Hand zu bekommen, um Serbien zu umklammern, und schliesslich habe Serbien als Eroberer das Recht zu Annexionen — das waren die Kommentare Belgrads, und Bulgariens unterstützte die Ansprüche seines Verbündeten eifrig.^{9a} Erst als Sazonov mehrmals energisch die serbische Regierung und ihren Vertreter in London gewarnt hatte, Russland werde Serbien in einem Konflikt mit Österreich-Ungarn wegen Albanien nicht zur Seite treten,¹⁰ erst als die Grossmächte sich am 20. Dezember über die Autonomie Albanien im Prinzip geeinigt hatten¹¹ und Belgrad immer stärker unter Druck setzten,¹² gab Pašić nach. Am 8. Januar 1913 verkündete er in einer Note an Grey mit grossartigen Wendungen den Verzicht Serbiens auf Albanien.¹³ Jetzt stand

9a. *Pašić an das serbische Generalkonsulat Budapest*. Belgrad 1912 X 24/XI 6. *BOG*. I, 252, Nr. 207. Vgl. auch das Interview Pašićs in der Londoner «Times» vom 25.XI.1912. Ferner: *Paget an Grey*, Belgrad 1912 XI 11. *BAD IX/2*, 210 - 215, Nr. 176.

10. *Sazonov an Benckendorff (London)*, Petersburg 1912 X 27/XI 9 (=Kopie eines Telegrammes an Hartwig, Belgrad). a) *BOG* II, 299 f., Nr. 692; b) *Stieve, Friedrich*: Der diplomatische Schriftwechsel Iswolskis, 1911 - 1914 (Im Folgenden: *Iswolski*). II (Berlin 1924), 339 f., Nr. 558; *desgl.*, Petersburg 1912 X 29/XI 11 (=Kopie eines Telegramms an Hartwig). a) *BOG*. II, 302 f., Nr. 696; b) *Iswolski* II, 342, Nr. 562; *desgl.*, Petersburg 1912 X 30/XI 12 (=Kopie eines Telegramms an Nekljudov, Sofia); a) *BOG*. II, 303 f., Nr. 697; b) *Iswolski* II, 344, Nr. 565 *desgl.*, Petersburg 1912 XI 27/XII 10. a) *Iswolski* II, 381 f., Nr. 617; b) *BOG*. II, 347 f., Nr. 742; *desgl.*, Petersburg 1912 XI 30/XII 13. a) *Siebert, B.*: Graf Benckendorffs diplomatischer Schriftwechsel (Im Folgenden: *Benckendorff*). II (Leipzig, Berlin 1928, 529 - 535, Nr. 761; b) *BOG*. II, 350 - 354, Nr. 745 (vgl. dazu: *Izvol'skij an Sazonov*, Paris 1912 XI 28/XII 11. *Iswolski* II, 385, Nr. 622). Sazonov war empört darüber, dass der serbische Gesandte in Berlin, Bogičević, in einem Gespräch mit Kiderlen - Wächter am 7. XI. gedroht hatte, Russland werde eine militärische Intervention Österreich - Ungarns wegen Albanien als casus belli betrachten. Vgl. dazu *Uebersberger*, 94 f. Russland vertröstete Serbien auf den Zerfall Österreich - Ungarns: *Popović an Pašić*, Petersburg 1912 XII 14/27. *BOG*. I, 279 f., Nr. 253; *desgl.*, Petersburg 1913 I 31/II 13. *Ebenda*, 298 f., Nr. 276; *desgl.*, Petersburg 1913 II 1/14. *Ebenda*, 299 f., Nr. 277.

11. Zur Ermächtigung Greys durch die Botschafter, das Prinzip der Autonomie Albanien in ihrem Namen zu verkünden, vgl. die Beilagen 1 u. 2 zur Weisung *Greys an Cartwright*, London 1912 XII 20. *BAD IX/2*, 472, Nr. 403.

12. Vgl. Anm. 10 und ferner: *Poincaré an Descos (Belgrad)*, Paris 1912 XII 11. *BOG*. II, 349, Nr. 744.

13. Text der Note: a) Beilage zur Weisung *Greys an Paget*, London 1913 I 8. *BAD IX/2*, 589 f., Nr. 472; b) Beilage zum Bericht *Mensdorffs an Berchtold*, London

dieses Land vor einer ganz neuen Situation. Im bulgarisch-serbischen Bündnisvertrag waren zwar den zukünftigen Erwerbungen Serbiens in Mazedonien zugunsten Bulgariens enge Grenzen gezogen worden, aber in Belgrad hatte man damit gerechnet, diese Konzessionen an Sofia durch die Expansion nach Süden und Südwesten wettzumachen. Nun waren der grösste Teil dieses Gebietes und der ersehnte Ausgang zum Mittelmeer verloren gegangen. Natürlich richteten sich jetzt die Blicke der serbischen Politiker und Militärs wieder auf Mazedonien. Gemeinsam, so sagte man, haben die Verbündeten den Krieg gegen die Türkei geführt, gemeinsam müssen sie seine Folgen tragen. Mit anderen Worten: Serbien kann nicht allein den Preis bezahlen, den die Grossmächte für die Anerkennung des Sieges der Balkanstaaten forderten.

Zunächst wurden solche Erwägungen nur in ganz allgemeiner Form vorgebracht, ohne dass Belgrad offiziell bestimmte Ansprüche auf Gebiete erhob, die ihm nach dem Wortlaut des Bündnisvertrages nicht zustanden.¹⁴ Niemand konnte sich jedoch verhehlen, dass Serbien nur auf Kosten Bulgariens Kompensationen in Mazedonien erhalten könne, also die Revision des Bündnisvertrages fordern müsse. Nun kannten die Belgrader Politiker ihren bulgarischen Partner allerdings gut genug, um zu wissen, dass diese Wünsche in Sofia auf taube Ohren trafen und begannen beizeiten, an neuen bündnispolitischen Kombinationen zu arbeiten, um Sofia unter Druck zu setzen. Als Partner in der bevorstehenden Auseinandersetzung mit Bulgarien schien sich den Serben Rumänien anzubieten. Bukarest hatte wiederholt die These vom Gleichgewicht der Balkanstaaten verkündet. Dabei dach-

1913 I 9 (Nr. 4 B). *ÖUA* V, 398, Nr. 5295. Die Entstehung des albanischen Staates ist noch nicht befriedigend und auf Grund breiten Aktenmaterials bearbeitet worden. Zur ersten Information vgl.: *Dungern*: Die Entstehung des Staates Albanien. In: Jahrbuch des Völkerrechts II/2 (1914), 269 - 318; *Georgevitch, Vladan*: Die Albanesen und die Grossmächte. Leipzig 1913; *Giesche, Richard*: Der serbische Zugang zum Meer und die europäische Krise 1912. Stuttgart 1932; *Mousset, Albert*: L'Albanie devant l'Europe 1912 - 1929. Paris 1930; *Nikolitch, Dragutin*: Les différends de frontière de l'Albanie. Paris 1927; *Novakovitsch, S.*: Die Intervention der Grossmächte in der Skutari-Frage. In: Jahrbuch des Völkerrechts II/2 (1914), 222 - 238; *Steinitz, Berchtolds* albanische Politik (vgl. Anm. 3); *Stickney, Edith P.*: Southern Albania in European international Affairs 1912 - 1923. Stanford 1926; *Swire, J.*: Albania. The Rise of a Kingdom. London 1929; *Galkin, I. S.*: Iz istorii nacional'no-osvoboditel'nogo dviženija v Albanii v 1910 - 1912 godach. In: *Voprosy istorii* 1954/11, 35 - 46.

14. Eine Neuverteilung der territorialen Eroberungen hatte schon Novaković in einem Gespräch mit Izvol'skij vor der Absendung der serbischen Verzichtnote für den Fall gefordert, dass Serbien unter dem Druck der Mächte sich aus Albanien zurückziehen müsste: *Izvol'skij an Sazonov*, 1912 XI 28/XII 11. *Iswolski* II, 385, Nr. 622. Vgl. *Sazonov an Hartwig*, Petersburg 1912 XII 3/16. *Guéchoff*: L'Alliance balkanique, 127 f.

ten die rumänischen Politiker natürlich in erster Linie daran, von Bulgarien einen Streifen in der Dobrudscha als Entschädigung für dessen Erwerbungen in Thrazien und Mazedonien zu erhalten. Darüberhinaus konnte es aber Rumänien nicht gleichgültig sein, dass sich das serbisch-bulgarische Gleichgewicht infolge der Ausgliederung Albaniens aus dem serbischen Territorialgewinn einseitig zugunsten Bulgariens verschöbe. Das erkannte Pašić völlig richtig und beauftragte den serbischen Gesandten in Bukarest, Ristić, schon im Dezember 1912, die Möglichkeiten einer gemeinsamen Politik mit Rumänien gegenüber Bulgarien zu sondieren. Um den Rumänen ein Bündnis vorteilhaft erscheinen zu lassen, stellte er ihnen die Gewährung der Schul- und Kirchenautonomie an die mazedonischen Kutzowalachen in Aussicht.¹⁵ Bukarest erteilte Pašić zwar nicht gerade eine Abfuhr, ging aber auf die serbischen Angebote nicht ein, um für seine zukünftigen Aktionen freie Hand zu haben.

Wie die weitere Entwicklung des serbisch-bulgarischen Verhältnisses zeigt, hoffte Pašić noch am ehesten auf eine friedliche Verständigung mit dem Bundesgenossen, wobei er offenbar mit der Unterstützung der serbischen Ansprüche durch Russland rechnete. Von den geheimen Abmachungen über die Verteilung des eroberten Gebietes war jedoch inzwischen an die Öffentlichkeit gedrungen, dass Serbien grosse Teile des von ihm erkämpften und okkupierten ehemals türkischen Territoriums, darunter Monastir, dem Bundesgenossen werde herausgeben müssen. Das genügte, um die nationalistischen und militärischen Kreise des Landes zu heftigen Ausfällen gegen die «schlappe», konzessionsbereite Politik der Regierung zu provozieren.¹⁶ Allgemein herrschte in der serbischen Hauptstadt und vor allem in Offizierskreisen die Ansicht, man solle so viel wie möglich in Mazedonien annektieren: beim Zustandekommen eines Friedens mit der Türkei als Kompensation für Albanien und die bulgarischen Gewinne in Thrazien, beim Scheitern der Londoner Verhandlungen als Entschädigung für die weiteren Opfer.¹⁷ Die serbischen Juristen formulierten das völkerrechtliche Prinzip, auf das sich die Forderung nach einer Revision des Bündnis-

15. *Pašić an Ristić*, Belgrad 1912 XII 7/20. *BOG*. I, 272 f., Nr. 245.

16. Besonders die Zeitungen *Srpska Zastava* und *Večernje Novosti* leiteten die Kampagne gegen die Regierung. Im Parlament führte die Gruppe um Stojan Novaković die Opposition gegen die Bulgarienpolitik Pašićs. Es fehlte auch nicht an Versuchen, Regierung und Parteien durch Androhung terroristischer Akte einzuschüchtern: *Herre, Paul*: Die kleinen Staaten Europas und die Entstehung des Weltkrieges. München 1937, 401 f.

17. Vgl. den Situationsbericht des österreichisch-ungarischen Militärattachés *Gellinek an den Generalstab*, Belgrad 1913 I 12. *ÖUA* V, 433 f., Nr. 5355.

vertrages stützen könne; Der Grundsatz «pacta sunt servanda» gelte nur «rebus sic stantibus».¹⁸

Die Friedensverhandlungen in London waren inzwischen in eine Sackgasse geraten, weil die Türkei die äusserst harten Bedingungen Bulgariens (Abtretung ganz Adrianopels) nicht akzeptieren wollte. Mit der Fortsetzung des Krieges musste daher gerechnet werden und Pašić sah jetzt den Moment gekommen, seinem Bundesgenossen die Rechnung zu präsentieren. Am 23. Januar 1913 trug er dem bulgarischen Gesandten Tošev die neuen Gebietsforderungen vor und liess am 29. I. in Sofia eine Note übergeben, in der das Revisionsbegehren zum ersten Mal offiziell zur Sprache gebracht wurde.¹⁹ Allerdings wusste man in Belgrad genau, dass die als Entschädigung geforderten Gebiete zum grössten Teil von Bulgaren besiedelt waren. Es ist nun sehr bezeichnend für die Praktiken der serbischen Regierung, dass sie durch eine Zusammenstellung echter und fingierter Dokumente jeden Zweifel an der Respektierung des bulgarischen Elementes und vor allem der exarchistischen Kirche im serbischen Okkupationsgebiet auszuräumen versuchte. Schon jetzt sollte sich Russland davon überzeugen, dass die Bulgaren unter der Herrschaft Belgrads nichts zu leiden hätten.^{19a}

Am 3. Februar nahmen die beiden Länder den Krieg gegen die Türken wieder auf, ohne irgendeinen Fortschritt in der Kompensationsfrage erzielt zu haben. Da der Waffenstillstand im Interesse Bulgariens, das auf der Herausgabe Adrianopels bestand, gekündigt worden war, erschien der serbischen Regierung die Forderung, den Bündnisvertrag einer Revision zu unterziehen, umso berechtigter. Recht bald präziserte man daher in Belgrad die territorialen Forderungen: Bulgarien solle auf Gebietszuwachs westlich des Vardar verzichten; Saloniki müsse im Interesse des Gleichgewichtes in griechischen Händen bleiben, internationalisiert werden oder den Status eines Condominiums erhalten.²⁰

Sowohl die Diskussionen zwischen Griechenland und Bulgarien als

18. Vgl. dazu auch *Guéchoff* : L'Alliance balkanique, 237, Anm. 1.

19. *Ebenda*, 118.

19a. Vgl. die höchst aufschlussreichen Worte des Urhebers dieses Planes, Balugdžić : «(Ich) halte... es für angezeigt, einige bereits abgesandte diesbezügliche Depeschen (an die Militärbefehlshaber hinsichtlich der Respektierung der Exarchatskirche. D. Verf.) in Bereitschaft zu halten, und dass einige *brevi manu* fabriziert werden, mit welchen der gute Wille bei uns, das exarchistische Element vor jedem Angriff zu schützen, bewiesen werden könnte». *Balugdžić an Pašić*, Saloniki 1913 I 8/21. *BOG.* I, 286 f., Nr. 263. Hervorhebung von mir.

20. *Ugron an Berchtold*, Belgrad 1913 II 7. *ÖUA* V, 656 - 658, Nr. 5702.

auch die serbischen Argumente in der Kompensationsfrage gewähren einen guten Einblick in die Grundprobleme der Teilungsfrage und der interalliierten Beziehungen. Zunächst zeigte sich, dass die Schlagworte von der Befreiung der leidenden Volkszugehörigen und der slavischen Gemeinsamkeit nicht genügten, um eine für alle Balkanstaaten akzeptable stabile Ordnung auf der Hämushalbinsel zu schaffen. Ganz abgesehen davon, dass die Meinungen über den ethnischen Charakter sehr vieler Gebiete weit auseinandergingen und infolge der Gemengelage der einzelnen Volksgruppen eine klare, zweifelsfreie Aufteilung des eroberten Territoriums von vornherein unmöglich war, besannen sich die verbündeten Staaten recht bald auch auf andere Gesichtspunkte und erlagen dem Reiz der Macht und des Besitzes. Zum Teil waren hierbei wirtschaftliche und militärstrategische Interessen im Spiel, zum Teil jagte man historischen Idealen nach. Die Serben wollten ihren Staat in den Grenzen ihres mittelalterlichen Reiches wiederherstellen, die Bulgaren pochten auf ihre «historischen Rechte», die sich aus dem San Stefano - Vertrag ergäben.²¹ Neu war das Schlagwort vom «Gleichgewicht» der Balkanstaaten. Der Wunsch nach Vereinigung aller Volkszugehörigen in einem Staat sollte dort eine Schranke finden, wo die konsequente Verwirklichung dieses Prinzips die Hegemonie eines Staates begründen würde. Da aber der Gedanke des Kräftegleichgewichtes unter den jungen Balkanstaaten noch keine Tradition hatte, entbehrte er eines konkreten Inhalts. Die Bulgaren stellten sich unter dem Gleichgewicht ein System von Staaten mit etwa gleichgrosser Bevölkerungszahl vor, die Rumänen rechneten mit Quadratkilometern der Flächenausdehnung und mit dem strategischen Wert einzelner Gebiete, während die Serben und Griechen gleiche Chancen für die wirtschaftliche Entwicklung der Balkanstaaten forderten.

Da Serbien von vornherein mit der Unterstützung Griechenlands gegen die bulgarischen Aspirationen in Mazedonien rechnen konnte und auch Rumänien an seinen südlichen Nachbarn territoriale Forderungen richtete, sah es aus, als sei Sofia in die Isolierung geraten. Das Studium der heute zugänglichen Akten zeigt jedoch, dass Gešov durchaus die Möglichkeit hatte, mit einer entschlossenen und weitschauenden Politik seine Position zu verbessern. Denn noch hielt Bukarest die Tür zu Verhandlungen offen,

21. Text des San Stefano - Vertrages bei : a) *Strupp, K.*: *Urkunden zur Geschichte des Völkerrechts I* (Gotha 1911), 194 ff.; b) *Noradounghian, Gabriel*: *Recueil d'actes internationaux de l'Empire Ottoman III* (Paris 1901), 509 - 521; c) *Sumner, B. H.*: *Russia and the Balkans 1870 - 1880*. Oxford 1937, 627 - 636, App. VII. Über diesen Vertrag vgl. das hier zitierte geradezu monumentale Werk *Sumners*, 399 - 424. Vgl. auch *Cognasso, Francesco*: *Storia della Questione d'Oriente*. Torino o. J., 382 f.

noch war es Zeit, sich mit Rumänien über die Abtretung des strittigen Gebietes (Silstriens und des Territoriums nördlich der Linie Turtukaia-Balčik) zu verständigen und auf diese Weise die Zahl der potentiellen Gegner zu verringern. Dann hätte sich Sofia nicht nur die Neutralität Rumäniens in der diplomatischen Auseinandersetzung und für den Fall eines bewaffneten Konflikts mit seinen Verbündeten gesichert, sondern auch Österreich-Ungarn in die Lage versetzt, die bulgarischen Ansprüche auf Gebiete rechts des Vardar, auf Saloniki, Monastir und Ohrid, zu unterstützen. Aber in der verblendeten Annahme, Russland werde die Belgrader Regierung im letzten Augenblick zur Raison bringen und die Erfüllung des serbisch-bulgarischen Vertrages erzwingen, wich Gešov allen Angeboten aus Wien und Bukarest aus. Er stiess sich die Rumänen vor den Kopf und band Berchtold die Hände, der mit Rücksicht auf den rumänischen Verbündeten die Bulgaren nicht vor der Bereinigung der bulgarisch-rumänischen Grenzfrage offen unterstützen konnte.²²

Ohne sich also über die Bulgarien drohenden Gefahren genügend Rechenschaft zu geben, setzte Gešov allen serbischen Mahnungen hartnäckigen Widerstand entgegen. Auf die Belgrader Note vom 29. November reagierte er mit einem kalten Nein.²³

Pašić wollte, bevor die Beziehungen zu Sofia sich weiter verschärften, vorsichtshalber prüfen, ob Bulgarien bereit wäre, an der Seite Serbiens gegen Österreich-Ungarn in den Krieg zu ziehen, um den Besitz Albaniens und des Ausgangs zur Adria zu behaupten. Kleinlaut bejahte Gešov die Anfrage aus Belgrad, verweigerte aber eine bindende schriftliche Erklärung in diesem Sinne und Pašić, der diesen Gedanken wohl nur als Versuchsballon benutzt hatte, kam auf seine Kompensationsforderungen zurück.²⁴

Gelegenheit zu einem neuen Vorstoss in der Entschädigungsfrage ergab sich für Belgrad, als die bulgarische Regierung am 9. 11. von Serbien Belagerungsgeschütze erbat und unvorsichtigerweise dem Bundesgenossen anheimstellte, die Bedingungen für diese Hilfe nach seinem Gutdünken festzusetzen. Zwei Tage später beschloss das serbische Kabinett, dem bulgarischen Ersuchen stattzugeben.²⁵ Gešov bemerkte wohl seinen taktischen Fehler und beeilte sich, dem serbischen Gesandten Spalajković mitzuteilen,

22. Vgl. dazu die bereits zitierte detaillierte Darstellung bei *Ebel*, bes. 158 ff. Vgl. auch *Uebersberger*, 139 - 154.

23. *Guéchoff, I. E.*: La Genèse de la guerre mondiale. La débâcle de l'Alliance balkanique. Berne 1919, 69.

24. *Bax-Ironside an Grey*, Sofia 1913 II 9. *BAD IX/2*, 758 - 61, Nr. 601.

25. *Spalajković an Gešov*, Sofia 1913 I 31/II 13. Beilage I zum Bericht *Bax-Ironside an Grey*, Sofia 1913 II 25. *BAD IX/2*, 837 f., Nr. 657.

dass die Vergütung in Geld erfolgen werde.²⁶ Der Serbe gab Gešov indessen die bezeichnende Antwort, ein echter Slave verkaufe weder sein Schwert noch sein Weib,²⁷ und Pašić ermächtigte ihn, auch schriftlich zu erklären, dass für Belgrad keine Geldentschädigung in Frage komme.²⁸ Gešov gab zurück, für Bulgarien sei eine Entschädigung nur unabhängig vom geltenden Bündisvertrag diskutabel.^{28a}

Wie geringschätzig und selbstsicher die Bulgaren mit den Serben umsprangen, wie wenig sie den Ernst der Lage erkannten, zeigt besonders deutlich folgende Episode, die sich einen Tag nach dem letzten Gespräch Gešovs mit Spalajković zutrug. Der österreichisch-ungarische Gesandte in Belgrad machte seinen bulgarischen Kollegen Tošev darauf aufmerksam, dass sich Serbien seine Hilfe in einem durch die Halsstarrigkeit Bulgariens provozierten Konflikt mit Rumänien teuer bezahlen lassen würde,

«worauf mein bulgarischer Kollege», so berichtet Ugron weiter, «höhnisch auflachte. Nichts werden sie bekommen, ebensowenig wie wenn sie jetzt uns neue Truppen nach Tschataldscha schicken würden. Wir verlangen momentan keine, weil wir sie nicht brauchen; aber sie sind im Sinne des bestehenden Vertrages verpflichtet, gegen welchen Feind immer uns Hilfe zu leisten und können dafür keine Entschädigungsansprüche erheben. In Bulgarien lacht man nur, wenn man in den serbischen Zeitungen liest, wir müssen Monastir, Veles, Istip, Ochrida etc. etc. den Serben überlassen».²⁹

Wenig später versicherte Spalajković seinen rumänischen Kollegen Ghica ganz im Sinne der serbischen Anbiederungsversuche in Bukarest, Serbien werde Bulgarien im Falle eines Krieges gegen Rumänien *nicht* unterstützen!³⁰

In Belgrad liess man die einmal begonnene Diskussion nicht abreißen. In einem umfangreichen Memorandum legte Pašić jetzt den serbischen Standpunkt ausführlich dar.³¹ Die Errungenschaften der Alliierten, so heisst

26. *Gešov an Spalajković*, Sofia 1913 II 4/17. *Ebenda*, 838, Beilage II.

27. *Bax - Ironside an Grey*. *Ebenda*, 836.

28. *Spalajković an Gešov*, Sofia 1913 II 5/18. *Ebenda*, 839, Beilage III.

28a. *Gešov an Spalajković*, Sofia 1913 II 8 21. *Ebenda*, 839 f., Beilage 4.

29. *Ugron an Berchtold*, Belgrad 1913 II 19. *ÖUA* V, 773 - 775, Nr. 5868.

Diese Worte erhalten umso mehr Gewicht, als Tošev von Gešov in die Absichten der bulgarischen Regierung eingeweiht war und gerade in jenen Tagen sehr oft mit dem Ministerpräsidenten telefonierte.

30. *Tarnowski an Berchold*, Sofia 1913 II 21. *ÖUA* V, 788, Nr. 5894.

31. *Pašić an Spalajković*, Belgrad 1913 II 9/22. a) *BOG*. I, 300 - 305, Nr. 278; b) Beilage zum Bericht *Bax - Ironsides an Grey*, Belgrad 1913 III 10. *BAD* IX/2, 886 - 889, Nr. 693 (in französischer Fassung). Das Memorandum wurde Gešov von Spalajković

es in diesem Dokument, müssten gerecht verteilt werden; die militärische Stärke und die dargebrachten Opfer eines jeden Verbündeten, aber auch die veränderten allgemeinen Umstände (Autonomie Albaniens) seien dabei zu berücksichtigen. Im Einzelnen führt Pašić folgende Argumente zugunsten der serbischen Forderungen an:

1. Serbien habe grössere Kriegslasten und Opfer als vertraglich vereinbart auf sich nehmen müssen. So hätten statt 100.000 Serben an der Vardarfront 310.000, später 360.000 Mann gekämpft, während das für diesen Kriegsschauplatz vorgesehene bulgarische Truppenkontingent an die Maricafront entsandt worden sei. In Mazedonien habe Serbien praktisch allein gestanden, darüberhinaus aber noch Heeresabteilungen den Bulgaren nach Thrazien zu Hilfe geschickt.
2. Serbien habe sich in der albanischen Frage dem Druck der Grossmächte gebeugt, weil ein Krieg mit Österreich-Ungarn die Erwerbungen *aller* Verbündeten in Frage gestellt hätte. Die Vertragspartner seien moralisch verpflichtet, Serbien für diesen der gemeinsamen Sache erwiesenen Dienst zu entschädigen.
3. Die serbische Forderung nach territorialen Kompensationen in Mazedonien sei umso mehr berechtigt, als Bulgarien jetzt, gestützt auf die militärische Hilfe der Verbündeten, Gebiete beanspruche, die es ursprünglich gar nicht in seine Interessensphäre einbezogen habe (Adrianopel).
4. Serbien wolle sich kein Gebiet einverleiben, in dem nicht Blut seiner Soldaten geflossen sei oder das sich unter bulgarischer Okkupation befinde. Es gehe ihm vielmehr um die Grenzziehung auf der Grundlage des status quo der Besetzung.

Diese Argumentation erscheint auf den ersten Blick bis zu einem gewissen Grade berechtigt. Völlig überzeugen kann sie jedoch nicht. Mit Recht sträubte sich Serbien dagegen, die Konsequenzen der Intervention der Grossmächte in der Albanienfrage allein zu tragen. Auch die Sorge der Serben um das Gleichgewicht zwischen den Balkanstaaten war verständlich, zumal die Geschichte der serbisch-bulgarischen Beziehungen gezeigt hatte, dass die Phrasen der Panslavisten die Gegensätze zwischen beiden Staaten nicht hatten beseitigen können. Aber die Methode, Grenzen nach rein materiellen wirtschaftlichen, strategischen und machtpolitischen Gesichtspunkten zu ziehen, ohne den Willen und das nationale Bekenntnis der Bevölkerungsmehrheit der strittigen Gebiete zu berücksichtigen, gehörte zum politischen Instrumentarium des Berliner Kongresses. Dessen Ent-

am 28. II. vorgelesen; am 1. III. erhielt der Ministerpräsident eine schriftliche Fassung: Bax - Ironside *ebenda*, 885.

scheidungen, wie z. B. die Schaffung eines ostrumelischen Staatswesens, hatten sich längst als verhängnisvoll erwiesen und gerade die Balkanstaaten waren es gewesen, die sich immer wieder gegen den Geist und die Missgeburten einer solchen Politik auflehnten. Auch andere Punkte des serbischen Memorandums bedürfen der Korrektur. Gewiss hat Serbien grössere Kriegslasten, als *ursprünglich* vereinbart, auf sich genommen. Aber Bulgariens kurz vor Kriegsausbruch vorgetragener Wunsch, weniger Truppen an die Westfront zu entsenden, hatte der serbische Generalstab nicht abgelehnt und die Mobilisierungspläne waren einer entsprechenden Revision unterzogen worden. Schliesslich hatten die Bulgaren ja gegen die Hauptmacht des türkischen Heeres zu kämpfen und in Richtung Konstantinopel gegen starke Befestigungen zu stürmen! Serbien konnte also jetzt nicht behaupten, der Bundesgenosse habe es im Stich gelassen und sei seinen Verpflichtungen nicht nachgekommen. Der dritte Punkt der Denkschrift trifft insofern etwas Richtiges, als Sofia bei Abschluss des Vertrages tatsächlich nicht an eine Einverleibung Adrianopels zu denken gewagt hatte. Aber der Vertrag schloss eine solche Gebietserweiterung Bulgariens gegen Südosten nicht aus. Denn nur dort, wo die Interessen beider Staaten kollidierten, in Mazedonien, waren die «Einflusssphären» begrenzt worden, während Sinn und Wortlaut des Bündnisses den Serben in Richtung auf die Adriaküste, den Bulgaren in Thrazien freie Hand liessen.

Pašić wusste aus den bisherigen Gesprächen mit Sofia, dass die Bulgaren nicht bereit waren, solche Konzessionen, wie sie das Memorandum forderte, einzuräumen. Er scheint aber ebensowenig wie bulgarischen Politiker die Situation als völlig ausweglos betrachtet zu haben, weil man in Belgrad wie in Sofia auf die energische Unterstützung Russlands hoffte, der sich dann die Gegenseite widerspruchslos unterwerfen müsste. Aus diesem Grunde zögerte Gešov noch immer, Rumäniens Neutralität durch territoriale Konzessionen zu erkaufen und gab auch auf die Anfrage Österreich-Ungarns, welche Zugeständnisse er der Monarchie für die Unterstützung der bulgarischen Ansprüche machen wolle, keine klare Antwort.³² Dabei erkannten zunächst weder Gešov noch Pašić, dass Russland im Interesse seiner Beziehungen zu beiden Balkanstaaten einem Schiedsspruch zweifellos so lange wie möglich ausweichen und dann, zur Entscheidung gezwungen, nicht bereit sein würde, sich den Standpunkt der einen Seite völlig zueigen

32. Fast die gesamte Korrespondenz zwischen dem österreichisch-ungarischen Gesandten in Sofia, Tarnowski, und Berchtold liefert Belege für das monatelange Drängen Wiens auf eine klare Entscheidung Gešovs. Vgl. vor allem: *Berchtold an Tarnowski*, Wien 1913 III 8. *ÖUA* V, 906 f., Nr. 6076; *desgl.*, Wien 1913 III 8. *ÖUA* V, 907 f., Nr. 6077. Vgl. auch *desgl.*, Wien 1913 III 3. *Ebenda*, 864, Nr. 6006.

zu machen. Realistischer als das russophile Kabinett in Sofia entschied Pašić allerdings, als er trotz seiner Hoffnung auf einen von Russland erzwungenen Frieden im serbischen Sinne auch pessimistischen Stimmen Gehör schenkte und vorsorglich mit Griechenland über eine Militärallianz verhandelte.

Gešov begnügte sich damit, General Radko Dimitriev, der als extremer Russophile in Petersburg als besonders zuverlässig galt, zu Sazonov zu schicken, um den bulgarischen Standpunkt darzulegen.³³

Bei der Lektüre der Berichte Dimitrievs und in Gesprächen mit dem russischen Gesandten in Sofia, Nekljudov, mochte Gešov gespürt haben, dass Petersburg sich nicht vorbehaltlos der bulgarischen Auffassung anschliessen wollte und konnte. So erwog er, alle Grossmächte um einen Schiedsspruch zu ersuchen, liess diesen Plan aber bald wieder fallen, weil Griechenland dank der verwandtschaftlichen Beziehungen seines Königshauses zum deutschen und russischen Hof in eine günstigere Verhandlungsposition kommen könnte.³⁴ Während sich der Konflikt mit Serbien und mit Griechenland immer mehr zuspitzte, fiel Sofia nichts besseres ein als zu warten und anderen die Initiative zu überlassen. In Kreisen des Hofes, aber auch der Regierungsparteien betrachtete man den bewaffneten Zusammenstoss der Verbündeten untereinander als unvermeidlich und gestand sich ein, dass ein solcher Krieg alle Parolen von der «slavischen Gemeinsamkeit» und der «slavischen Sache» ins Lächerliche ziehen würde.³⁵ Auf die im serbisch-bulgarischen Bündnisvertrag bezeichnete «strittige Zone» wollte man gern verzichten, um dafür alles andere, vor allem die «unstrittigen» Gebiete rechts des Vardar und Saloniki zu erhalten. Das drohende Verhängnis erkannten am Klarsten die oppositionellen austrophilen Politiker Radoslavov und Genadiev und der Chef des geheimen Kabinettes des Königs, Dobrovič, der auch gewissermassen der Vertrauensmann Österreich-Ungarns in Sofia war.³⁶ Ferdinand aber, obwohl von Dobrovič oft genug

33. *Spalajković an Pašić*, Sofia 1913 III 5/18. *BOG.* I, 310 f., Nr. 284; *Vojnata*, 32.

34. *Tarnowski an Berchtold*, Sofia 1913 IV 12. *ÖUA* VI, 136 f., Nr. 6600; *desgl.*, Sofia 1913 IV 10. *Ebenda*, 101, Nr. 6558. Da Deutschland guten Beziehungen zu Griechenland grösseren Wert beilegte als den Hoffnungen Berchtolds auf eine Annäherung Bulgariens an den Dreibund, konnte Wien in Sofia nur den Rat erteilen, die Grossmächte besser nicht anzurufen: *Berchtold an Tarnowski*, Wien 1913 IV 16. *Ebenda*, 167 - 169, Nr. 6652.

35. *Tarnowski an Berchtold*, Sofia 1913 IV 19. *Ebenda*, 193 f., Nr. 6684.

36. *Desgl.*, Sofia 1913 IV 22. *Ebenda*, 212 - 214, Nr. 6713. Dobrovič stand mit Tarnowski in ständigem Kontakt und informierte ihn über die Stimmung am Hofe und in der Regierung, über seine Gespräche mit Ministern und Parteiführern und hinterbrachte Ferdinand auf den Rat des Gesandten die eine oder die andere Nachricht, ohne

auf das nahende Unheil aufmerksam gemacht, wagte keinen Schritt in irgendeine Richtung. Freilich hatten Hof und Regierung keinen leichten Stand gegen den Druck der Militärs, der mazedonischen Organisationen Gruppen und vor allem gegen die terroristischen Umtriebe der «Inneren Mazedonischen Revolutionären Organisation» (IMRO). Alle diese Anhänger der uneingeschränkten Expansion Bulgariens befürchteten, die seit Jahrzehnten erträumte «Befreiung» Mazedoniens, d.h. seine Annexion durch Bulgarien, liesse sich wieder nicht verwirklichen und versuchten, die Regierung auf einen intransigenten Kurs festzulegen.

Noch einmal bemühte sich Pašić, mit den Bulgaren ins Gespräch zu kommen. Serbien, so liess er Gešov wissen, sei bereit, den bulgarischen Anspruch auf Saloniki zu unterstützen, wenn Bulgarien in Mazedonien eine Grenzlinie als Diskussionsgrundlage akzeptiere, die von der jetzigen bulgarischen Grenze ausgehend dem Lauf der Metova und der Bregalnica bis zu deren Mündung in den Vardar folgen und sich dann am rechten Vardarufer fortsetzen würde.³⁷ Aber obgleich inzwischen schon scharfe russische Warnungen vor einem Kriege mit Serbien in Sofia vorgebracht worden waren,³⁸ sah Gešov keinen Anlass, sich mit der Belgrader Regierung in Verhandlungen einzulassen. Energisch wehrte er sich gegen die Auffassung Sazonovs, Bulgarien habe mit dem Angebot einer Geldentschädigung an Serbien dessen Kompensationsforderungen im Prinzip als berechtigt anerkannt und solle sich nun auch etwas nachgiebiger zeigen.³⁹ Es bedurfte noch langer und bitterer Erfahrung, bis man in Sofia aus diesen «Ratschlägen» des russischen Aussenministers den richtigen Schluss zog, dass mit der uneingeschränkten Unterstützung Russlands gegen Serbien nicht zu rechnen sei. Nachdem Bulgarien am 16. April 1913 einen Waffenstillstand mit der Türkei abgeschlossen und damit der zweiten Phase des ersten Balkankrieges ein Ende gesetzt hatte, glaubten die Russophilen in Sofia fester als zuvor an die russische Hilfe, weil Petersburg jetzt einen weiteren Vorstoss der Bulgaren gegen Konstantinopel und die Meerengen nicht mehr zu befürchten brauchte. Gešov und Danev konnten ihre innenpolitische Position vorübergehend stärken.⁴⁰

dass Gešov davon etwas wusste. Zum Verzicht auf die «strittige Zone» vgl. *Tarnowski an Berchtold*, Sofia 1913 IV 23. *Ebenda*, 223 f., Nr. 6733.

37. *Pašić an Jovanović (Wien)*, Belgrad 1913 IV 13/26. *BOG*, I, 326 f., Nr. 300.

38. Vgl. *Guéchoff: La Genèse de la guerre mondiale*, 71 - 75; *Gešov an den bulgarischen Gesandten in Petersburg*, Sofia 1913 IV 13/26. *Guéchoff: L'Alliance balkanique*, 120 - 126.

39. *Vojnata*, 36.

40. *Tarnowski an Berchtold*, Sofia 1913 IV 28. *ÜUA* VI, 284 f., Nr. 6815; *desgl.*, Sofia 1913 IV 28. *Ebenda*, 286 - 288, Nr. 6817.

Die Wirklichkeit sah indessen viel weniger günstig für Bulgarien aus. Denn Sazonov hatte sich zwar davon überzeugt, dass Russland als Schiedsrichter zwischen Serbien und Bulgarien vermitteln müsste, um einen interalliierten Krieg zu verhüten, und liess in Belgrad und Sofia auf diese vertragsgemäss dem Zaren zustehende Funktion hinweisen.⁴¹ Aber er musste, um Serbien nicht zu verbittern und womöglich von Russland zu trennen, auch auf die Belgrader Wünsche Rücksicht nehmen. Das bedeutete, dass der russische Schiedsspruch sich nicht in den Grenzen halten konnte, die ihm der serbisch-bulgarische Vertrag zog, d. h. nicht nur das Schicksal der «strittigen Zone» zu entscheiden hatte, sondern die Frage der Verteilung des gesamten eroberten Gebietes unter die Alliierten lösen musste. Diese Interpretation der russischen Schiedsfunktion begegnete aber von vornherein dem bulgarischen Widerstand, denn Gešov erkannte die Kompetenz des Zaren nur hinsichtlich der Grenzziehung in der «strittigen Zone» an.⁴² In dieser heiklen Situation beabsichtigte Sazonov, Vertreter beider Staaten in die russische Hauptstadt zu rufen und sie dort lange genug verhandeln zu lassen, ohne dass der Zar sich sofort mit einer Entscheidung Ärger bereite. Obwohl Pašić und Gešov also die Rolle Russlands im Konflikt zwischen beiden Verbündeten ganz unterschiedlich interpretierten, fügten sie sich Sazonovs Ermahnungen und akzeptierten im Prinzip den Gedanken einer Entscheidung des Zaren, freilich mit den oben angeführten Vorbehalten.⁴³ So konnte Sazonov ohne Risiko die russische Vermittlung in offiziellen Noten am 7. und 8. Juni anbieten.⁴⁴

Die Militärs beider Länder rechneten inzwischen schon aus, zu welchem Zeitpunkt ein Angriff auf den Verbündeten Erfolg verspräche. Verblüffenderweise kamen beide Seiten zu demselben Ergebnis: Die Abrechnung solle am besten sofort erfolgen. Der serbische Generalstab hoffte, in den ermüdeten Bulgaren einen leicht besiegbaren Gegner zu finden, während ein Teil der bulgarischen Generäle Serbien keine Zeit zu weiteren

41. Vgl. dazu : *Sazonov an Benckendorff*, Petersburg 1913 III 24/IV 6. a) *Iswolski* III, 119, Nr. 824; b) *BOG.* II, 397, Nr. 789; *Vojnata*, 35 f.; *Sazonov an Hartwig (Belgrad) und Nekljudov (Sofia)*, Petersburg 1913 IV 17/30. *Guéchoff: L'Alliance balkanique*, 131 - 133.

42. *Vojnata*, 36.

43. *Nekljudov an Sazonov*, Sofia 1913 IV 19/V 2. *Guéchoff: L'Alliance balkanique*, 133 f.; *Hartwig an Sazonov*, Belgrad 1913 IV 19/V 2. *Ebenda*, 134 f.; *desgl.*, Belgrad 1913 IV 20 V 8. *Ebenda*, 136; *Vojnata*, 39. Gešov hoffte sogar, Russland würde vielleicht auch noch die «strittige Zone» Bulgarien zusprechen und Serbien werde sich dem fügen! Vgl. *Tarnowski an Berchtold*, Sofia 1913 V 5. *ÖUA* VI, 366, Nr. 6921; *desgl.*, Sofia 1913 V 5. *Ebenda*, 369, Nr. 6926.

44. *Vojnata*, 41 - 44.

Truppenkonzentrationen und zur engeren militärischen Zusammenarbeit mit Griechenland lassen wollte.⁴⁵ Eine Gruppe der bulgarischen Offiziere um General Fičev mahnte jedoch mit Erfolg zur Mässigung;⁴⁶ die Stimmen dieser Leute wurden jetzt noch gehört, weil Gešov keinen Krieg entfesseln wollte und die allgemeine Überzeugung, dass das Recht zweifellos auf der Seite Bulgariens sei, der Regierung eine gewisse Selbstsicherheit gab, die sie vor Kurzschlusshandlungen und Aktionen der Verzweiflung zurückhielt. In Serbien andererseits konnte Pašić über die Militärs noch verhältnismässig leicht Herr werden, weil sich das beanspruchte Territorium bereits unter serbischer Okkupation befand. Die Schwierigkeit bestand für Pašić allerdings darin, dass er im Unterschied zu Gešov sich nur auf die Waffen verlassen konnte und dem russischen Arbitrium im Grunde doch zu misstrauen begann, denn auch in Belgrad kannte man den Vertragstext genau und wusste, dass Bulgarien formell im Recht war.⁴⁷

Eine gute Gelegenheit, ihren Standpunkt noch einmal in aller Ausführlichkeit darzulegen, bot sich der Belgrader Regierung durch die Eröffnung der Friedensverhandlungen mit der Türkei in London. Hier tagte noch immer die Botschafterreunion und es war ratsam, auch die Grossmächte rechtzeitig über die serbischen Ansprüche zu informieren. Der Führer der serbischen Friedenslegation, Novaković, erhielt zu diesem Zwecke ein längeres Memorandum, dessen Existenz Pašić dem bulgarischen Gesandten gegenüber jedoch abstritt, um der Gegenseite keinen Anlass zu einer ähnlichen Initiative in London zu geben.

Der Inhalt der Denkschrift weicht in manchen Punkten von den bisherigen Äusserungen Belgrads zur mazedonischen Frage ab. Vier Argumente werden zur Fundierung der serbischen Ansprüche vorgebracht: die Notwendigkeit einer Expansion Serbiens nach Südosten aus wirtschaftsgeographischen Gründen, die Erhaltung des Gleichgewichtes der Balkanstaaten untereinander, das nationale Bekenntnis der Bevölkerung des umstrittenen Gebietes und die militärischen Opfer der Verbündeten, die sich am status quo der Besetzung erkennen liessen. Die ersten beiden Gesichtspunkte verböten es, dass Mazedonien in die Hand *eines* Alliierten gerate. Im Interesse des Gleichgewichtes zwischen Bulgarien und Serbien, aber auch zur Entschädigung Serbiens für seine grossen Opfer und territorialen Einbusen müsse der Vertrag zwischen beiden Staaten revidiert werden. Neu war

45. *Ugron an Berchtold*, Belgrad 1913 V 8. *ÖUA* VI, 385 f., Nr. 6950; *desgl.*, Belgrad 1913 V 9. *Ebenda*, 394 f., Nr. 6967.

46. *Spalajković an Pašić*, Sofia 1913 IV 16/29. *BOG.* I, 329 f., Nr. 303.

47. *Ugron an Berchtold*, Belgrad 1913 V 8. *ÖUA* VI, 385 f., Nr. 6950.

der Hinweis auf die ethnische Struktur des geforderten Gebietes : Nur etwa die Hälfte der dort ansässigen Bewohner fühlten sich als Bulgaren, während die übrige Bevölkerung anderen Nationalitäten zugehöre.⁴⁸

Die Aussichten auf eine friedliche Verständigung schwanden unterdessen immer mehr. Auf russischen Rat hin⁴⁹ trafen sich am 19. V. / 1. VI. die beiden Ministerpräsidenten Pašić und Gešov in Caribrod, fuhren aber mit leeren Händen wieder zurück.⁵⁰ Jetzt blieb nur noch die Möglichkeit, dank russischer Vermittlung zu einer Vereinbarung zu gelangen. Aber weder Pašić noch Gešov glaubten daran, dass sich auf diesem Wege der Krieg abwenden liesse. Beiden Regierungen hatte Sazonov die vielsagende Mitteilung gemacht, der Zar werde nur dann eine Entscheidung fällen, wenn beide Seiten seinen Schiedsspruch vorbehaltlos annähmen. Die Bulgaren hörten aus dieser Aufforderung heraus, dass Russland sich wohl doch nicht an die vertraglich festgelegten Grenzen des Arbitriums halten wolle. Dem serbischen Sondergesandten Genčić erklärte Sazonov, die Bulgaren hätten viel grössere Opfer gebracht als die Serben, weil sie der türkischen Hauptmacht ggenübergestanden seien. «Den Bulgaren gegenüber bin ich Serbe und den Serben gegenüber bin ich Bulgare», sagte der Minister seinem serbischen Gesprächspartner und liess damit deutlich durchblicken, dass auch Serbien nicht auf die volle Unterstützung durch Russland rechnen könne.⁵¹ Die guten Dienste Petersburgs riefen also auf beiden Seiten Misstrauen hervor und gaben den Militärs Auftrieb.

In dieser ausgewogenen Situation demissionierte Gešov, um König Ferdinand die Gelegenheit zur Bildung einer Koalitionsregierung auf breiter Grundlage zu geben.⁵² Ausserdem fühlte sich Gešov der wachsenden Kritik von Seiten der Militärpartei nicht mehr gewachsen und hatte wegen seiner Unschlüssigkeit auch das Vertrauen der Krone verloren.⁵³

48. Text des Memorandums in französischer Fassung als Beilage zum Bericht *Ugrons an Berchtold*: Belgrad 1913 V 13. *ÖUA* VI, 421 f., Nr. 7006.

49. *Guéchoff*: *La genèse de la guerre mondiale*, 71 - 75.

50. *Ebenda*, 75; *Vojnata*, 145 f. Die Ansicht Dobrovičs, das Treffen in Caribrod habe eine gewisse Entspannung herbeigeführt, weil eine weitere Konferenz in Saloniki und die Anrufung Russlands in Aussicht genommen worden waren, wurde im Allgemeinen nicht geteilt. Vgl. dazu *Tarnowski an Berchtold*, Sofia 1913 VI 3. *ÖUA* VI, 591 f., Nr. 7268.

51. *Genčić an Pašić*, Petersburg 1913 V 16/29. *BOG*, I, 331 - 334, Nr. 306. Vgl. *Vojnata*, 147; *Tarnowski an Berchtold*, Sofia 1913 V 18. *ÖUA* VI, 456, Nr. 7056.

52. Text des Rücktrittsgesuches bei *Guéchoff*: *L'Alliance balkanique*, 155 f.; *Ders.*: *La genèse de la guerre mondiale*, 96. Gešov hatte das Rücktrittsgesuch bereits am 17.30. V., also noch vor seiner Zusammenkunft mit Pašić, abgefasst.

53. *Guéchoff*: *La genèse de la guerre mondiale*, 97.

Heftige Pressefehden in massgeblichen Blättern beider Länder, lokale Zusammenstösse bulgarischer und serbischer Militärabteilungen und der hartnäckige Widerstand Belgrads und Sofias gegen jede Konzession an den verbündeten Gegner liessen die russische Regierung erkennen, dass keine Zeit mehr zu verlieren sei. Am 8. Juni sandte der Zar gleichlautende Telegramme an die Könige Petar von Serbien und Ferdinand von Bulgarien. Er begrüsst den Entschluss der beiden Regierungen, in Saloniki eine weitere Konferenz abzuhalten und warnte sie mit ernstesten Worten davor, den Konflikt auf die Spitze zu treiben. «Ich stelle ausdrücklich fest», heisst es in dem Telegramm, «dass der Staat, der diesen Krieg beginnen würde, dafür der slawischen Sache gegenüber verantwortlich wäre. Ich behalte mir die Freiheit für die Haltung vor, die Russland gegenüber dem Ausgange eines so verbrecherischen Kampfes einnehmen würde».⁵⁴

In ruhigem, aber bestimmtem Tone antwortete der serbische König, indem er die Argumente seiner Regierung noch einmal stichwortartig zusammenfasste und dem Zaren zu verstehen gab, dass sein Land auf die Hilfe Russlands rechne.⁵⁵

Ferdinand schlug jetzt einen Weg ein, der in die Katastrophe Bulgariens führte. Obwohl er durch seinen persönlichen Berater Dobrovič genau über die politische Lage informiert war, obgleich er hinter Gešovs Rücken die Oppositionsführer empfangen und von ihnen harte Kritik am russophilen Kurs der Regierung gehört hatte,⁵⁶ gab er am 10. Juni den Auftrag zur Bildung eines neuen Kabinettes dem Führer der radikalen Russophilen, dem Parlamentspräsidenten Stojan Danev.⁵⁷ Dieser Mann war für seine scharf antiserbischen Intentionen bekannt und wollte es sogar auf einen Krieg ankommen lassen, weil er keinen Moment daran zweifelte, dass Russland die bulgarischen Waffen segnen werde.⁵⁸ Die Führer der Opposition, Radoslavov und Genadieff, betrachteten zwar die Chancen der Erhaltung des Friedens nicht weniger pessimistisch als Danev, wollten sich aber für den Fall des Krieges rechtzeitig die Unterstützung Österreich-

54. Zar Nikolaj an König Petar und König Ferdinand, Carskoe Selo 1913 V 20/VI 8. a) *BOG.* II, 413 f., Nr. 813; b) *Nikolaides*: Griechenlands Anteil an den Balkankriegen, 314, Anm.

55. *Petar an Nikolaj*, Belgrad 1913 V 29 VI 11. *BOG.* I, 337-339, Nr. 310.

56. *Tarnowski an Berchtold*, Sofia 1913 V 30. *ÖUA* VI, 564, Nr. 7217. Über Dobrovičs Versuche, Ferdinand von der Unterstützung russophiler Politiker abzubringen vgl. *desgl.*, Sofia 1913 V 10. *Ebenda*, 414 f., Nr. 6993.

57. *Tarnowski an Berchtold*, Sofia 1913 VI 10. *ÖUA* VI, 628, Nr. 7326.

58. Vgl. dazu statt vieler anderer Belege den Bericht *Tarnowskis an Berchtold* über eine Unterredung mit Danev, Sofia 1913 V 12. *Ebenda*, 419-421, Nr. 7004.

Ungarns sichern.⁵⁹ Das wäre ihnen zweifellos gelungen, denn Berchtold wartete nur auf ein Entgegenkommen Bulgariens, um endlich ein engeres Verhältnis zu diesem Lande herzustellen. Schon längst hatte er die bulgarische Regierung die Voraussetzungen, unter denen Wien eine Annäherung, ja, eine gemeinsame Politik auf dem Balkan für möglich hielt, wissen lassen. Aber Gešov konnte sich nicht entschliessen, auf die Angebote Wiens einzugehen. Danev trat nun noch energischer für ein Zusammengehen mit Russland ein und als endlich die Anhänger der dreibundfreundlichen Politik an die Regierung kamen, war die grosse Chance eines Engagements Österreich-Ungarns in der drohenden Auseinandersetzung mit Serbien schon vorübergegangen.

Auf der anderen Seite tat Ferdinand alles, um sich schliesslich das Wohlwollen Russlands zu verschmerzen. Eine nach Petersburg orientierte, mit den Realitäten rechnende Politik hätte sich jetzt jedes Versuches der Gewaltanwendung gegenüber Serbien enthalten müssen, um im Wege der von Russland gewünschten direkten friedlichen Verständigung mit Belgrad oder durch den Schiedsspruch des Zaren für Bulgarien das beste herauszuschlagen. Eine andere Möglichkeit russophiler Politik gab es nicht. Ferdinand und seine Generäle wussten, dass die bulgarischen Truppen gegen Serbien und Griechenland, über deren Allianz man in Sofia bereits informiert war, nicht siegen konnten, zumal Rumänien und die Türkei nur darauf warteten, Bulgarien ebenfalls anzugreifen. In Sofia lagen auch genügend Informationen über die Weigerung Russlands vor, Bulgarien in einem Kriege mit Serbien zu unterstützen. Auf dem Schlachtfeld konnten die Bulgaren also nichts gewinnen, aber die Sympathie Russlands verlieren. Zu einer Politik der Annäherung an Österreich-Ungarn und der Verständigung mit Rumänien hatte sich Ferdinand nicht entschliessen können. Die russische Karte stach aber nur, solange auch Serbien am Verhandlungstisch sass und mitspielte. Ferdinand und Danev glaubten, besser als Sazonov zu wissen, auf wessen Seite sich Russland bei Kriegsausbruch stellen werde. Danev kalkulierte den Krieg als unvermeidlich ein, Ferdinand bereitete ihn vor, in wesentlichen Phasen sogar hinter dem Rücken des verantwortlichen Ministerpräsidenten. Auf die russischen Wünsche Rücksicht zu nehmen, erschien ihnen überflüssig, weil ihrer Ansicht nach Petersburg sich in jedem Falle hinter Sofia stellen werde.

Dieser konfusen Konzeption entsprachen auch ganz Gedankengang

59. Tarnowski stand mit ihnen in Kontakt. Vgl. u. a. seinen *Bericht an Berchtold* vom 18. III. 1913 über Genadievs Anfrage, ob die Monarchie bei Ausbruch des Krieges mit Serbien den Bulgaren die Hand reichen werde. *ÖUA* V, 1002 f., Nr. 6211.

und Ton des Antworttelegramms des bulgarischen Königs an den Zaren. Während König Petar so freundschaftlich wie möglich für den serbischen Standpunkt warb und seiner Sorge um die zukünftige Entwicklung auf dem Balkan Ausdruck verliehen hatte, konstatierte Ferdinand selbstgerecht, Bulgarien habe die Kompetenz des Zaren zur Schlichtung des Streites mit dem Nachbarstaat schon längst anerkannt und es sei Serbien, das zum Kriege dränge. Bulgarien habe nicht nur Rechte in Mazedonien, sondern auch Pflichten gegenüber der Bevölkerung dieses Gebietes, «und Eure Majestät», so belehrte Ferdinand den Zaren, «werden sich zu erinnern geruhen, dass die Pflichten durch lange Jahre hindurch von Russland selbst anerkannt worden sind».⁶⁰

Sazonov befand sich nun in der schwierigen Situation, die Initiative ergreifen zu müssen, nachdem Serbien und Bulgarien so eindringliche Appelle an die russische Adresse gerichtet hatten. Wie immer aber dieser Schiedsspruch ausfiel, keinen der betroffenen Staaten würde Russland zufrieden stellen können. So lud er am 13. Juni die Ministerpräsidenten der verbündeten Balkanstaaten kurzerhand nach Petersburg zu Verhandlungen ein.⁶¹ Pašić und Danev sollten sich dann weiter streiten, aber nicht über den langwierigen Weg der diplomatischen Vertretungen, sondern im direkten Gespräch unter massivem russischem Druck. Vielleicht könnte auf diesem Wege doch noch ein Kompromiss gefunden werden, der den Zaren der undankbaren Aufgabe des Schiedsspruches enthöbe.

Kaum war die Einladung erfolgt, als Serbien und Bulgarien noch einmal in umfangreichen Noten einander Zugeständnisse abzurufen versuchten. Die serbische Aufforderung, sofort mit der Demobilisierung der Streitkräfte zu beginnen, um die Gefahr eines bewaffneten Zusammenstosses zu vermindern, beantwortete Danev mit der «Konzession», dass Serbien seine Truppen aus den umstrittenen Gebieten nicht zurückziehen brauche, dort aber jeweils gleichstarke bulgarische Garnisonen zulassen solle. Ausserdem schlug Danev vor, schriftliche Stellungnahmen zur russischen Schiedsgerichtsbarkeit auszutauschen. Erst dann könne man über die Verringerung der Streitkräfte verhandeln.⁶² Praktisch war damit der versöhnliche Appell Pašićs zurückgewiesen. Denn mit der zweiten Vorbedingung für eine Demobilisierung meinte Danev natürlich, Serbien solle

60. Text bei *Nikolaides*: Griechenlands Anteil an den Balkankriegen, 314, Anm. Vgl. auch *Schulthess*: Europäischer Geschichtskalender. NF Jg. XXIX (1913) (= Bd. LIV der ganzen Reihe). Hrsg. v. L. Riess. München 1915, 647 f.

61. *Sazonov an die russischen Gesandten in Sofia, Belgrad, Athen und Cetinje, Petersburg* 1913 V 31/VI 13. *Iswolski* III, 175 f., Nr. 913.

62. *Tarnowski an Berchtold*, Sofia 1913 VI 16. *ÖUA* VI, 658, Nr. 7385.

erst einmal die Bestimmungen des serbisch - bulgarischen Abkommens über die Aufteilung Mazedoniens und die Zuständigkeit des Zaren als gültig anerkennen, mit anderen Worten eben jenen Vorbehalt akzeptieren, den Sofia an den Schiedsspruch Nikolajs knüpfte.⁶³

Kurz darauf, am 19. Juni, überreichte Tošev in Belgrad endlich eine ausführliche bulgarische Antwort auf die serbischen Kompensationsforderungen. Das 45 Seiten starke Dokument versuchte die These zu erhärten, dass in Wirklichkeit Bulgarien und nicht Serbien die grösseren Opfer im Kriege gebracht habe, indem es die Hauptmacht der Türken bei Lüle Burgas und Bunar Hisari geschlagen und die asiatischen Reserven an der Çatalca - Linie gebunden habe. Die Herabsetzung des bulgarischen Truppenkontingentes für den mazedonischen Kriegsschauplatz sei durch Vereinbarungen beider Generalstäbe gebilligt worden und könne von Serbien jetzt nicht in dem Sinne interpretiert werden, dass Serbien zu vertraglich nicht vorgesehenen Leistungen gezwungen worden sei. Territoriale Kompensationen stünden dem Verbündeten nicht zu, weil erstens der Vertrag die Grenzen der Erwerbungen ausserhalb Mazedoniens nicht bestimme, also Serbien die Einverleibung Albaniens nicht garantiere, und zweitens Belgrad aus eigenem Entschlusse sich dem Willen der Grossmächte gebeugt habe, während Bulgarien zur Erfüllung seiner Bündnispflichten auch in dieser Frage bereit gewesen sei. Drittens entspreche der Aufgabe Albaniens und der Adriaküste durch Serbien dem von den Mächten gewünschten Verzicht Bulgariens auf Siliustria, Çatalca und die Küste des Marmarameeres. Wenn schliesslich Serbien behaupte, nach dem ersten Waffenstillstand den Krieg allein im Interesse Bulgariens fortgesetzt zu haben, so müsse Sofia seinem Verbündeten ins Gedächtnis rufen, dass er selbst den in London von bulgarischer Seite formulierten Bedingungen beigepflichtet habe.⁶⁴

Die Mengen von Papier, die aus Sofia eintrafen, liessen Pašić gerade Zeit, noch einmal seinen Vorschlag der raschen, bedingungslosen Demobilisierung zu wiederholen und Danev aufzufordern, mit ihm in Petersburg weiterzudiskutieren. Könne man sich dort nicht einigen, solle der Zar «auf breiter Grundlage» seinen Schiedsspruch fällen. Der serbische Ministerpräsident konnte im Augenblick nicht mehr tun, als längst Gesagtes hervorzuholen, denn oppositionelle Stimmen innerhalb der Regierung selbst hatten ihn in eine schwierige Situation gebracht. Da er einen Krieg mit

63. In diesem Sinne sprach sich Danev auch sehr offen dem deutschen Gesandten gegenüber aus : *Below - Saleske an Jagow*, Sofia 1913 VI 18. GP XXXV, 42, Nr. 13.398.

64. Inhaltsangabe bei *Schulthess*. 648 f. Vgl. dazu *Griesinger an Bethmann Hollweg*, Belgrad 1913 VI 21. GP XXXV, 44 - 46, Nr. 13.402.

dem Verbündeten so lange wie möglich vermeiden wollte, plädierte er für die bedingungslose Annahme des russischen Arbitriums. Diese Geste, so hoffte Pašić, könne ihm in Petersburg eine günstige Position verschaffen. Kriegsminister Bogdanović, Justizminister Poličević und Wirtschaftsminister K. Stojanović reichten daraufhin ihre Demissionsgesuche ein, weil Serbien nach ihrer Auffassung mit der vorbehaltlosen Annahme des russischen Schiedsspruches auf sein Revisionsbegehren praktisch verzichte und Gefahr laufe, einen Teil des eroberten Gebietes schliesslich doch herausgeben zu müssen. In der Armee müsse eine solche Politik grosse Unruhe hervorrufen; welche innenpolitischen Verwicklungen dies zur Folge haben werde, sei gar nicht abzusehen. Pašić blieb nun nichts anderes übrig, als seinen bereits am 16. Juni angedrohten Rücktritt zu vollziehen. Ein Ausweg aus dieser Krise war nicht so leicht zu finden, weil sich die Skupština gerade vertagt hatte. König Petar schloss sich der Meinung jener Politiker an, die für die Kontinuität der Regierungspolitik in der Stunde höchster Gefahr eintraten und erteilte wieder Pašić den Auftrag, eine Regierung zu bilden. Am 1. Juli billigte das Parlament mit einer Mehrheit von dreizehn Stimmen das Programm der Altradikalen, dessen wichtigste Punkte die bedingungslose Annahme des russischen Schiedsspruches und die Entsendung von Delegierten zur Petersburger Konferenz vorsahen.⁶⁵

Sazonov schloss aus der serbischen Kabinettskrise, dass Pašić sich tatsächlich der Entscheidung Russlands unterwerfen wolle und liess Ferdinand durch Nekljudov vor der voreiligen Eröffnung der Feindseligkeiten warnen.⁶⁶ Im anschliessenden Kronrat setzte sich die Meinung General Savovs durch, dass man nur noch zwei Tage warten und dann mit der Besetzung der vertragsgemäss an Bulgarien fallenden Gebiete beginnen solle, wenn Serbien seine Verzögerungstaktik nicht aufgebe.⁶⁷ Nekljudov versuchte jetzt mit Drohungen, Bulgarien von jedem Gewaltakt gegen seine Verbündeten zurückzuhalten, und erklärte kategorisch, Russland werde im Falle eines Zusammenstosses zwischen den Alliierten Rumänien nicht am Einmarsch in Bulgarien hindern.⁶⁸

65. Vgl. dazu *Ugron an Berchtold*, Belgrad, 1913 VI 16. *ÖUA* VI, 653-655, Nr. 7379; *desgl.*, 1913 VI 24. *Ebenda*, 715, Nr. 7475.

66. *Tarnowski an Berchtold*, Sofia 1913 VI 23. *ÖUA* VI, 715, Nr. 7474.

67. *Ebenda*.

68. *Nekljudov an Sazonov*, Sofia 1913 VI 27. *GP* XXXV, 72, Anm. Das war keine leere Drohung; Russland wollte Rumänien tatsächlich freie Hand gegen Bulgarien geben. Vgl. dazu: *Lorey*, 112. Vgl. auch *Mihajlović an Pašić*, Rom 1913 VI 22/VII 5. *BOG*, I, 347-349, Nr. 321; *Popović an Pašić*, Petersburg 1913 VI 23/VII 6. *BOG*, I, 349, Nr. 323.

Es war König Ferdinand, der allen Verhandlungen und Diskussionen ein Ende setzen wollte; auf ihn fällt die Hauptlast der Verantwortung für die furchtbare Niederlage Bulgariens im zweiten Balkankrieg⁶⁹ zurück. Bezeichnend für das Regiment dieses Fürsten ist die Tatsache, das er die Vorbereitungen zum Kriege hinter dem Rücken des verantwortlichen Ministerpräsidenten traf. Einen Komplizen fand er in General Savvov, der schon seit langer Zeit die Verschleppung der militärischen Entscheidung mit wachsender Ungeduld kritisierte. Ihm gab der König den Befehl, die Serben anzugreifen.⁷⁰ Danev, der von all dem nichts wusste, plante inzwischen, im Stile einer Polizeiaktion die von Griechenland okkupierten, aber von Bulgarien beanspruchten Gebiete zu besetzen und gab die entsprechenden Anweisungen.⁷¹ Savvov war am Ziele: Er konnte jetzt einen regelrechten Krieg gegen beide Verbündete eröffnen — gegen Serbien auf Weisung des Königs, gegen Griechenland mit der Zustimmung des Ministerpräsidenten! In den Morgenstunden des 30. Juni geschah dann, was Serbien und Griechenland lange befürchtet hatten: Bulgarische Truppen griffen die Verbände ihrer ehemaligen Verbündeten an.

Ministerpräsident Danev, vom König hintergangen, verlor völlig die Kontrolle über die Vorgänge. Er gab sofort den Befehl, das Feuer einzustellen, weil ihm gerade jetzt, da er nach Petersburg reisen wollte, der Ausbruch des Krieges mit Serbien ungelegen kam. Gleichzeitig richtete er an den Zaren einen telegrafischen Appell, in Belgrad und Athen zu vermitteln.⁷² Seine Befehle wurden indessen nicht befolgt und das Oberkommando erteilte ihm nicht einmal genaue Informationen über die bulgari-

69. Bei manchen Autoren und in der deutschen Aktenpublikation wird der nun beginnende interalliierte Krieg als *dritter* Balkankrieg gezählt, während als *zweiter* Balkankrieg die Fortsetzung der Feindseligkeiten gegen die Türkei nach der Kündigung des 1. Waffenstillstandes zum 3. II. bezeichnet wird. Diese Zählung hat sich aber nicht durchsetzen können und wird auch hier nicht befolgt. Die Waffenruhe während der Londoner Verhandlungen hatte den ersten Balkankrieg schon deshalb nicht zum Abschluss gebracht, weil Griechenland diesem Abkommen nicht beigetreten war.

70. Das gestand Ferdinand selbst dem österreichisch-ungarischen Gesandten: *Tarnowski an Berchtold*, Sofia 1913 VII 18. *ÖUA* VI, 943-945, Nr. 7838. Schon die oberflächliche Lektüre der österreichisch-ungarischen Akten über die Beziehungen der Monarchie zu Bulgarien zeigt, dass die Behauptung *Γρηγορίου's*, der König habe Savvov den Angriff nach einer geheimen Unterredung mit Tarnowski erteilt, ganz absurd ist. (*Γρηγορίου*, *Ἐμμανουήλ*: *Ἕλληνας καὶ Βούλγαροι*. ²Thessaloniki 1954, 280. = *Ἐθνικὴ Βιβλιοθήκη*, 19). Der Verfasser dieses chauvinistischen Machwerkes weiss auch keinen Beleg für seine völlig frei erfundene These anzuführen.

71. Tarnowski *Ebenda*.

72. *Tarnowski an Berchtold*, Sofia 1913 VII 2. *ÖUA* VI, 790, Nr. 7594; *Guéchoff*: *La genèse de la guerre mondiale*, 106.

schen Truppenbewegungen.⁷³ Da der Stein einmal ins Rollen gekommen war und Russland nichts unternahm, versuchte Danev nun, die Generäle wenigstens von einer Ausweitung des Krieges zurückzuhalten und befahl, nur in die von Bulgarien auf Grund des Bündnisvertrages beanspruchten Gebiete einzurücken. General Savvov weigerte sich indessen wieder, den Weisungen der Regierung Folge zu leisten. Aus strategischen Gründen, meinte er, müssten die Truppen gegen Serbien so aufmarschieren, wie ein regulärer Krieg es erfordere, d. h. gerade an Punkten angreifen, die ausserhalb des umstrittenen Territoriums lägen. Danev setzte Savvov daraufhin ab und vertraute das Oberkommando dem General Radko Dimitriev an.⁷⁴ Obgleich aber der Krieg bereits in vollem Gange war, hoffte Danev noch immer, den «Konflikt» mit diplomatischen Mitteln beilegen zu können. Er erklärte aus diesem Grunde Serbien nicht den Krieg, beließ den bulgarischen Gesandten in Belgrad und verhinderte, dass die Hauptmacht des bulgarischen Heeres in die Kämpfe eingriff.⁷⁵ Mit solch einer wirren Taktik konnte gegen die Serben und Griechen umso weniger ein Erfolg erzielt werden, als das bulgarische Heer durch die langen Kämpfe mit den Türken an den Çatalca — Linien ermattet war. Die weitere Entwicklung des Krieges ist in ihren militärischen Einzelheiten bekannt:⁷⁶ Die Türkei und Rumänien griffen ihrerseits Bulgarien an, die Unterbrechung wichtiger Nachschub- und Verbindungslinien versetzte der ohnehin im Rückzug begriffenen bulgarischen Armee den Todesstoss.

Russland fühlte sich wieder einmal von Bulgarien hintergangen und enthielt sich jeder Aktion zu seinen Gunsten, obwohl der bulgarische Gesandte in Petersburg, Bobčev, mit Tränen in den Augen Sazonov um eine Intervention ersucht hatte.⁷⁷ Kokovcev erklärte dem serbischen Gesandten jetzt unumwunden, dass Russlands Sympathien auf der Seite Belgrads seien.⁷⁸

Danevs Politik der Hartnäckigkeit im Vertrauen auf russische Hilfe hatte sich damit als ein Weg in die Katastrophe erwiesen. Zuerst wollte der Ministerpräsident Serbien keine Konzessionen machen, weil er glaubte, Sazonov werde Pašić zum Einlenken zwingen. Als die bulgarischen Truppen

73. *Tarnowski an Berchtold*, Sofia 1913 VII 1. *ÖUA* VI, 783, Nr. 7578; *desgl.*, Sofia 1913 VII 1. *Ebenda*, 783, Nr. 7581; *desgl.*, Sofia 1913 VII 2. *Ebenda*, 788, Nr. 7590; *desgl.*, Sofia 1913 VII 2. *Ebenda*, 788 f., Nr. 7591.

74. *Desgl.*, Sofia 1913 VII 4. *Ebenda*, 816, Nr. 7627.

75. *Desgl.*, Sofia 1913 VII 4. *Ebenda*, 817, Nr. 7628.

76. Vgl. das zitierte bulgarische Generalstabswerk und Δούσμανης, Β.: 'Ο συμπαχικός κόσμος κατά τῶν Βουλγάρων. Athen 1927.

77. *Bogičević an Pašić*, Berlin 1913 VII 7. *BOG.* I, 354 f., Nr. 335. Vgl. auch *Tarnowski an Berchtold*, Sofia 1913 VII 15. *ÖUA* VI, 905, 7783.

78. *Popović an Pašić*, Petersburg 1913 VII 9. *BOG.* I, 353 f., Nr. 334.

marschierten, hoffte er, dank einer Intervention Russlands würden Griechen und Serben Gewehr bei Fuss abwarten. Alle diese politischen Fehlspekulationen hatten Ferdinand jedoch nicht bewegen können, die Initiative zu ergreifen und einen Wechsel der Regierung herbeizuführen. Erst jetzt, als er angesichts der Niederlage eine Revolution befürchtete,⁷⁹ beauftragte er Radoslavov mit der Bildung eines neuen Kabinetts, das am 20. Juli die Geschäfte übernehmen konnte.⁸⁰ Radoslavov und Aussenminister Genadiev versuchten sofort, Bulgarien so schnell wie möglich den Frieden zu bringen, indem sie eine Verständigung mit Rumänien herbeiführten,⁸¹ sich entschieden Österreich - Ungarn annäherten⁸² und schliesslich mit Serbien und Griechenland Vorverhandlungen über die Einstellung des Feuers führten.

Am 30. Juli 1913 eröffnete König Carol in Bukarest die Friedenskonferenz der Balkanstaaten. Zwischen Bulgarien und Serbien wurde eine Grenze bestimmt, die der Wasserscheide zwischen dem Vardar und der Struma folgte.⁸³ Die diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern traten in eine neue Phase ein.

Zu welchen Ergebnissen hatte nun der zweite Balkankrieg geführt? Wie würde sich in Zukunft das Verhältnis der beiden slavischen Balkanstaaten zueinander gestalten?

Die folgenden Tabellen zeigen, welche Veränderungen des territorialen Besitzstandes und der Bevölkerungsgrösse die beiden Kriege hervorgerufen haben.⁸⁴ Aus dieser Gegenüberstellung ergibt sich, dass Bulgarien selbst

79. Ferdinand liess durch Dobrovič die offizielle Anfrage an den österreichisch-ungarischen Gesandten richten, ob Wien dem Untergang Bulgariens und der Dynastie teilnahmslos zuschauen werde. *Tarnowski an Berchtold*, Sofia 1913 VII 15. *ÖUA VI*, 903 f., Nr. 7781; *desgl.*, Sofia 1913 VII 15. *Ebenda*, 904 f. Nr. 7782.

80. Vorher hatte Ferdinand noch den erfolglosen Versuch unternommen, durch den russophilen Malinov ein Kabinett der nationalen Konzentration bilden zu lassen: *Tarnowski an Berchtold*, Sofia 1913 VII 16. *Ebenda*, 911 f., Nr. 7796.

81. Vgl. dazu: *Tarnowski an Berchtold*, Sofia 1913 VII 17. *Ebenda*, 925. Nr. 7817; *desgl.*, 1913 VII 18. *Ebenda*, 942 f., Nr. 7837.

82. Radoslavov war allerdings enttäuscht, dass Österreich - Ungarn nur diplomatische Hilfe leisten wolle. Tarnowski konnte völlig zu Recht antworten, es sei nicht die Schuld Wiens, wenn durch allzu langes Zögern Bulgariens die Chance zu einem weitergehenden Engagement vergeben worden sei: *Tarnowski an Berchtold*, Sofia 1913 VII 18. *Ebenda*, Nr. 7794; vgl. auch *Berchtold an Tarnowski*, Wien 1913 VII 23. *Ebenda*, 1009 f., Nr. 7964.

83. Text des Vertrages: *Djuvara, T. G.*: *Cent projets de partage de la Turquie (1281 - 1913)*. Paris 1914, 532 - 535 und die Zusatzprotokolle 536 - 541. Über die Verhandlungen in Bukarest vgl. ausser den oben zitierten Aktenpublikationen *Nikolaidis*: *Griechenlands Anteil an den Balkankriegen*, 324 - 350.

84. Die Daten für Bulgarien und Serbien sind hervorgehoben. Zum Vergleich wer-

I. Die Balkanstaaten vor dem 1. Balkankrieg.⁸⁵

	Fläche km ²	Bevölkerung
Europäische Türkei	169.300	6.130.200
Bulgarien	96.345	4.337.513
Serbien	48.303	2.957.087
Rumänien	131.353	7.086.796
Griechenland	64.657	2.631.952
Montenegro	9.080	285.000

*II. Die Balkanstaaten nach dem 1. Balkankrieg,
wenn die bulgarischen Ansprüche
verwirklicht worden wären.⁸⁶*

	Territoriale Gewinne km ²	Neue Fläche km ²
Bulgarien	87.000	183.345
Serbien	26.000	74.303
Griechenland (ohne Kreta und Ägäisinseln)	11.000	75.657
Montenegro	7.000	16.080

*III. Tatsächlicher Besitzstand Serbiens
und Bulgariens auf Grund der Okkupation.⁸⁷*

	Territoriale Gewinne km ²	Neue Fläche km ²
Bulgarien	52.000	148.345
Serbien	36.000	84.303

den jedoch auch die entsprechenden Zahlen für die anderen Balkanstaaten angeführt. In den Darstellungen werden z. T. abweichende, aber nicht erheblich differierende Angaben gemacht.

85. Nach *Djuvara*, 507.

86. Nach *Nikolaides*: Griechenlands Anteil an den Balkankriegen, 229 f.

87. *Ebenda*.

IV. Stand nach dem Bukarester Frieden.⁸⁸

	Territorialer Besitzstand nach dem Bukarester Frieden km ²	Verlust / Gewinn gegenüber dem Vorkriegsstand km ²	Neuer Bevölkerungsstand	Verlust / Gewinn gegenüber dem Vorkriegsstand
Europäische Türkei	26.100	143.200	1 891.000	4.239.000
Bulgarien	114.105	17.760	4.766.906	429.393
Serbien	87.300	38 997	4.160.000	1.202.913
Rumänien	139.690	8.337	7.601.660	280 000
Griechenland	115.975	51.318	4 256.000	1.624.048
Montenegro	15.180	5 100	443.000	150 000
Albanien	28.000	(28.000)	(800.000)	(800.000)

nach dem Stande der Okkupation mehr neues Gebiet hinzuerobert hatte als Serbien und seinen slavischen Nachbarstaat an territorialem Bestand um etwa 64.000 km² übertraf — das entspricht etwa der Ausdehnung Griechenlands vor Kriegsbeginn! In ihrer Verblendung konnten die bulgarischen Nationalisten sich damit nicht bescheiden, sondern verlangten von Serbien noch 35.000 km² mazedonischen Landes, mit dem Erfolg, dass Bulgarien fast 26.000 km² des von ihm bereits besetzten Gebietes an Serbien und Griechenland verlor und weitere 8.337 km² seines Staatsterritoriums an Rumänien abtreten musste. Das sind insgesamt über 34.000 km², beinahe ebensoviel, wie es Serbien hatte entreissen wollen!

Es bedarf daher keiner weiteren Erklärung, dass Bulgarien den Bukarester Friedensvertrag nur als eine vorläufige Regelung, als eine Zwischenlösung der Balkanfrage betrachtete und ihn nur unter dem Vorbehalt einer späteren Revision unterzeichnete.⁸⁹

Genährt wurden diese Hoffnungen auf bessere Tage von Österreich-Ungarn, das die Freundschaft Bulgariens gewinnen wollte, des einzigen Bal-

88. Nach *Djuvara*, 507 mit Korrekturen auf Grund anderer Statistiken.

89. Vgl. dazu *Ebel*, 236 ff. Ganz im Sinne dieser Revisions— (um nicht zu sagen: Revanche —) Politik verkündete König Ferdinand schon in einem Tagebefehl an die heimkehrenden Truppen.

«... Von allen Seiten bedrängt, sahen wir uns gezwungen, den Frieden von Bukarest zu unterzeichnen, da unser Vaterland nicht imstande war, mit allen seinen fünf Nachbarn zu kämpfen, ohne Gefahr zu laufen, alles zu verlieren. Erschöpft und ermüdet, aber nicht besiegt, mussten wir unsere glorreichen Fahnen für bessere Tage zusammenfalten».

kanstaates, dessen politische Ziele sich in keiner Weise gegen die Interessen der Habsburger - Monarchie richteten. Ein schlagkräftiges, von Russland enttäushtes und von Serbien gedemütigtes Bulgarien — das war ein Pfeiler, auf den sich Berchtolds Balkanpolitik stützen konnte.

Serbien hatte seine Expansionsziele im Süden und Südosten erreicht und war an einer gegen Bulgarien gerichteten Politik nicht mehr sonderlich interessiert. Jedoch beobachtete es seinen Nachbarn mit grossem Misstrauen, weil die Regierung Radoslavov durch die Annäherung an Österreich - Ungarn offensichtlich eine politische Konstellation herbeizuführen bemüht war, die eine Revision des Bukarester Friedens zu passender Stunde erleichtern sollte. Da Serbien den ethnischen Charakter der Bevölkerung in den neuerworbenen Gebieten nicht respektierte und den bulgarischen Volkszugehörigen nicht einmal die kulturelle Autonomie gewährte, verhinderte es eine Entspannung der Beziehungen zu Sofia.

Ein abschliessendes Urteil über die Diplomatie während der Balkankriege, das erst erarbeitet werden kann, wenn die Archive der Balkanstaaten eines Tages dem Historiker offenstehen, sollte freilich auch berücksichtigen, in welcher hohen Masse die Politiker in Belgrad und Sofia durch Stimmen aus dem sogenannten «inoffiziellen» Russland irregeleitet worden sind. Denn nicht alle politischen Kräfte dieses Landes teilten die aussenpolitischen Ansichten Sazonovs. Gerade die Parteien, Vereine und einzelnen Persönlichkeiten, die mit panslavistischen Parolen argumentierten,⁹⁰ feuerten die Regierungen der slavischen Balkanstaaten wiederholt zu irgendwelchen Aktionen an und erweckten in Sofia und Belgrad den Eindruck, die von ihnen repräsentierte öffentliche Meinung Russlands werde die Regierung zwingen, mit den Balkanstaaten durch dick und dünn zu gehen. In Sofia hatte man sich offenbar so sehr an den Gedanken gewöhnt, dass Sazonov sich am Ende doch dem «inoffiziellen» Russland beugen müssen, dass man auch die Politik Russlands im serbisch - bulgarischen Konflikt unter diesem Aspekt sah.

Die Betrachtung der serbisch - bulgarischen Beziehungen während der Balkankriege wird jedenfalls hinter die Thesen einer rein laudativen Geschichtsschreibung, die im Kriege der Verbündeten gegen die Türkei nur eine Aktion im Namen der Freiheit und der Menschenrechte sehen will, sehr markante Fragezeichen setzen müssen.

Mainz

GUNNAR HERING

90. Vgl. dazu : *Jablonowski, Horst* : Die Stellung der russischen Parteien zur Aussenpolitik der Regierung von der russisch-englischen Verständigung bis zum Ersten Weltkrieg. In : *Forschungen zur Osteuropäischen Geschichte* V (Berlin 1957), 60 - 92.